

P R O T O K O L L
der 339. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 24. Mai 2011
Zeit	19.30 - 22.00 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Treier Hannes Marti Beat (Geschäfte 11 + 12)
Mitglieder	Aebersold Jürg, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus, Brügger Yong, Corti Andrea, Damke Andreas, Eber Béla, Elsinger Florian, Fankhauser Suzanne, Friedli Rolf, Gautschi Stefan, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Grütter Urs, Häusermann Martin, Huber Manuel, Humm Martin, Kämpf Marcel, Kästli Marc, Kauth Adrian, Kneubühler Peter, Lack Stephan, Lüthi Adrian, Mallepell Elisabeth, Manz Matthias, Näf-Piera Virtudes, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schmitter Beat, Schneider Beat, Stettler Jürg, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula
StimmzählerIn	Aebersold Jürg, Fankhauser Suzanne
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Meyer Roland, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Beat Schmid, Finanzverwalter
Entschuldigt abwesend	GGR: Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Wakil Ramina
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 22. März 2011	375
2	Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl	375
3	Finanzkommission; Ersatzwahl	375
4	Jahresrechnung 2010 der Gemeinde Muri bei Bern	375
5	Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2011	382
6	Verwaltungsbericht 2010 der Gemeinde Muri bei Bern	382
7	Legislaturziele 2009 - 2012 (Zwischenbilanz per Ende 2010)	384
8	Fähribeizli Muri; Übertragung eines Baurechts an die Fähribeizli AG in Gründung	387
9	Liegenschaft Walchstrasse 60 / 60 a, Gümligen; Desinvestition	389
10	Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2010; Abrechnung	393
11	Motion FDP/jf und SVP betreffend Schulraumplanung; Zwischenbericht	393
12	Motion Gautschi (forum): Erweiterung des Auftrags "Studie Schulraumplanung" unter 1. Einbezug der Turnhalle, 2. Berücksichtigung des anstehenden Investitionsbedarfs der Schulgebäude und 3. Erarbeiten einer Variante "Beibehaltung der Kindergärten"	394
13	Motion Wegmüller (SP) betr. Einrichten eines Velo-/Fussgängerwegs zwischen Muribad und Auguetbrücke	397
14	Motion SP-Fraktion betr. Tempo 40 auf der Thunstrasse zwischen der Abzweigung Mettlengässli und der Mündung Thunstrasse-Kräyigenweg	398
15	Motion Wegmüller (SP) betr. Boden- und Wohnbaupolitik in Muri-Gümligen	399
16	Einfache Anfrage D. Bärtschi (FDP) betr. Gebäudebezeichnung an Liegenschaften (Anbringen von Hausnummern)	400
17	Informationen des Gemeinderats	400
18	Neue parlamentarische Vorstösse	401

Der Vorsitzende eröffnet die 339. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 37 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertretungen der Presse und die Gäste. Als neues Mitglied des Gremiums begrüsse er Florian Elsinger als Nachfolger von Niklaus von Fischer.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 22. März 2011

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 31. März 2011 zurückgetretenen Rolf Friedli schlage die Schweizerische Volkspartei Muri-Gümligen Béla Eber, Pelikanweg 7, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Béla Eber wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert Béla Eber zur Wahl.

3 Finanzkommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 31. März 2011 zurückgetretenen Béla Eber schlage die Schweizerische Volkspartei Muri-Gümligen K. Urs Grütter, Mattenstrasse 19 A, 3073 Gümligen, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

K. Urs Grütter wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert Urs Grütter zur Wahl.

4 Jahresrechnung 2010 der Gemeinde Muri bei Bern

Martin Häusermann führt aus, die GPK habe mit Genugtuung feststellen können, dass auf der Ausgabenseite gut gearbeitet worden sei und insbesondere dort, wo das Budget beeinflussbar sei – beim Personal- und Sachaufwand – dieses eingehalten resp. leicht unterschritten worden sei. Trotz dieser guten Nachricht dürfe aber nicht vergessen gehen, dass bereits das Budget einen Ausgabenüberschuss vorgesehen habe. Dies bedeute nichts anderes, als dass die Einnahmen und die Ausgaben in unserer Gemeinde nicht in einem Gleichgewicht zueinander stehen würden. Dies sei zugleich auch die grosse Herausforderung, vor welcher unsere Gemeinde stehe. Bedauerlicherweise falle nun der Rechnungsabschluss 2010 aufgrund des Steuerertragsproblems bei den juristischen Personen (Visana-Effekt) noch wesentlich schlechter aus und schliesse mit einem rekordverdächtigen Minus von CHF 5,5 Mio.

ab. Die GPK habe denn auch nachgefragt, ob in diesem Zusammenhang korrekt gehandelt worden sei, insbesondere sei die Frage erörtert worden, ob die Rückstellungen rechtzeitig vorgenommen worden seien. Dabei habe leider festgestellt werden müssen, dass der Informationsaustausch zwischen der Kantonalen Steuerverwaltung und der Gemeinde ungenügend, ja sogar, dass die Gemeinde der Kantonalen Steuerverwaltung diesbezüglich ausgeliefert gewesen sei. Insbesondere sei die Gemeinde damit überrascht worden, dass die Sitzverlegung rückwirkend per 2003 erfolgt sei. Da solche Entscheide nicht beeinflusst werden könnten, bleibe nichts anders übrig, als die Lehren aus diesem Vorfall zu ziehen. Der Gemeindepräsident und der Finanzverwalter hätten der GPK versichert, dass sowohl schriftlich wie im direkten Gespräch gegenüber der Kantonalen Steuerverwaltung mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden sei, dass die Kommunikation nicht akzeptabel gewesen sei und zukünftig verbessert werden müsse. Bei derart hohen Ausfällen müsse unbedingt eine frühzeitige Information erfolgen. Der Gemeindepräsident habe gegenüber der GPK zudem versichert, dass kein zweiter derartiger Fall in den Büchern vorhanden sei. Die GPK empfehle deshalb einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Hans-Rudolf Saxer erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, eigentlich wäre der Rechnungsabschluss 2010 für unsere Gemeinde mit einem Defizit von CHF 1,5 Mio. ganz passabel ausgefallen. Selbstverständlich nicht gut – rote Zahlen seien nie gut –, aber bei einem Aufwand von rund CHF 70 Mio. sei ein Aufwandüberschuss von CHF 1,5 Mio. verkraftbar. Namentlich sei er ja eben tiefer ausgefallen, als im Budget mit CHF 2,3 Mio. vorgesehen. Dann sei im letzten Herbst der berühmte Visana-Fall über die Gemeinde hergefallen. Dieser habe das Rechnungsergebnis 2010 "verhagelt" und deshalb liege nun ein Aufwandüberschuss von CHF 5,5 Mio. vor. Der Fall sei seit letztem Herbst bekannt und das Parlament und die Öffentlichkeit seien bereits im Rahmen der Budgetbotschaft 2011 über die Hintergründe und das Ausmass der Steuerertragsausfälle orientiert worden. Wie der GPK-Sprecher bereits erwähnt habe, könne am Ergebnis nichts geändert werden, aber es werde erwartet, dass bei Fällen in derartigen Grössenordnungen die Kantonale Steuerverwaltung offensiv und rechtzeitig orientiere. Die Gemeinde habe sich auch in aller Form schriftlich und mündlich in diesem Sinn gegenüber der Kantonalen Steuerverwaltung positioniert.

Der Fall sei sehr ärgerlich, man sollte sich aber auch den Blick auf durchaus positive Aspekte nicht verstellen lassen. Für ihn als Ressortchef Finanzen stehe hier im Vordergrund, dass die Verwaltung und die Kommissionen die Bewirtschaftung der Budgetkredite in den Bereichen Personalaufwand und Sachaufwand ernst genommen hätten. Namentlich beim Sachaufwand handle es sich um einen der Posten, die teilweise beeinflussbar seien, zwar nicht zu 100 %, aber doch über weite Strecken. Es sei daher sehr erfreulich, dass die beiden Positionen Personal- und Sachaufwand um 2 resp. 2,5 % unter dem Voranschlag abgeschlossen hätten. Dies bedeute gleichzeitig, dass sie +/- auf dem Stand des Vorjahres geblieben seien, trotz der zusätzlichen Ausgaben und der Teuerung, die mittlerweile aufgelaufen sei. Ebenfalls sei erfreulich, dass gesagt werden könne, dass die CHF 5,5 Mio. ein reines Ertragsproblem seien und um es noch präziser zu fassen, ein reines Steuerertragsproblem bei den juristischen Personen, welches aufgrund des angesprochenen Falls die Rechnung durcheinander gebracht habe.

Ebenfalls erfreulich sei die Feststellung, dass die Anzahl Nachkredite mit 126 auf dem tiefsten Stand der vergangenen 20 Jahre liege. Betragsmässig würden sie in etwa in der Grössenordnung der Vorjahre liegen, aber von der Anzahl her sei dies ein Zeichen, dass die Finanzhaushaltvorgaben seitens der Verwaltung ernst genommen würden. Abgesehen vom Steuerertragsproblem bei den juristischen Personen dürfe bei den wesentlich beeinflussbaren Bereichen eine hohe Budgetgenauigkeit festgestellt werden.

Im letzten Jahr sei für Muri Verhältnisse und im Vergleich mit andern Gemeinden relativ viel Geld investiert worden. Dies sei ein bewusster Entscheid gewesen, da im Herbst 2009 bei der Budgetberatung 2010 sowohl der GGR als auch der Gemeinderat aufgrund der damals noch relativ trüben wirtschaftlichen Lage gesagt hätten, man wolle die Investitionen nicht zurückfahren, auch im Wissen, dass dies zu einer gewissen Neuverschuldung führen würde. Es könne nun festgestellt werden, dass das Investitionsziel sowohl qualitativ als auch quantitativ erreicht worden sei. Der Zielerreichungsgrad liege bei 83,3 %, also in der jeweils anvisierten Bandbreite zwischen 80-85 %. Im Zusammenhang mit den Investitionen sei auf Wunsch eines GGR-Mitglieds auch eine zusätzliche Beilage "Investitionen 2010 (Vergleich mit Plan)" den Unterlagen beigelegt worden. Dieser könne das Ergebnis der 83,33 % entnommen werden und gleichzeitig auch, wie sich die Investitionstätigkeit quer durch alle Politikbereiche ausgewirkt habe.

Per Ende 2010 verfüge die Gemeinde Muri nach wie vor über ein gutes Eigenkapitalpolster im Umfang von 5,4 Steueranlagezehnteln. Die finanzielle Lage sei also in keiner Art und Weise alarmierend. Gleichzeitig müsse er aber bestätigen, was bereits im Zusammenhang mit der Budgetberatung 2011 im Rat diskutiert worden sei, nämlich, dass kein Weg an einer Steuererhöhung per 1.1.2012 vorbeiführen werde. Es wäre im Moment unseriös zu sagen, wie hoch diese Steuererhöhung werde ausfallen müssen, man sei im Budgetprozess noch nicht so weit. Im Rahmen der Botschaft werde aber das Parlament selbstverständlich in aller Transparenz orientiert und er gehe davon aus, dass es unter Umständen zwei Varianten sein könnten, welche dem Parlament zur Entscheidung vorgelegt würden.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass für Detailauskünfte Finanzverwalter Beat Schmid zur Verfügung stehe. Er schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, weitere Wortmeldungen allgemeiner Art, anschliessend Detailberatung in folgender Reihenfolge: Botschaft, Rechnung 2010, blaues Blatt "Investitionen 2010" und gelbes Dokument "Nachkredittabelle".

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Fraktionserklärungen:

Urs Grütter erklärt namens der SVP-Fraktion, der Rat könne jährlich an dieser Sitzung zur Kenntnis nehmen, wie es in der Gemeinde gelaufen sei. Dass man die Rechnung unterwegs gross als Steuerungsinstrument gebrauchen könnte, sei nicht der Fall. Dafür seien wir offenbar ein zu grosser Tanker, welcher noch 4 km weiterfahre, wenn man den Motor abschalte. Eine gewisse grössere Trägheit sei halt vorhanden. Wenn man dies jährlich zur Kenntnis nehme, mache es auch nicht Sinn, sich über gewisse Details gross auszulassen und vor allem deswegen eine Rechnung nicht zu genehmigen. Er könne vorausschicken, dass die SVP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats folgen werde. Sie habe aber das Gefühl, man müsste schon ein wenig vorausschauen, was man sich für das Budget 2012 so in etwa vorstellen könnte und sollte. Die SVP-Fraktion habe schon bei der Budgetberatung 2011 – nicht wegen der Visana, sondern wegen den strukturellen Problemen mit dem FILAG und wegen Sachen, die sich etwa bei Gebäuden abzeichnen – einen Steuerfuss von 1.07 gefordert und sei damit unterlegen. Er verweise auf das Votum von Markus Bärtschi anlässlich der Sitzung vom 19. Oktober 2010. Schon im November 2005 habe die SVP darauf aufmerksam gemacht, dass die Auswirkungen des FILAG erhöhte Aufmerksamkeit erfordern würden und es uns längerfristig nicht mehr so gut gehen werde, wie es uns eine Zeit lang gegangen sei. Um seinem Beruf gerecht zu werden

wolle er sagen: "Wir können nun nicht mehr länger mit der Nagelfeile polieren, wir müssten nun schon mal etwas gröber dahinter, wenn auch nicht gerade mit der Motorsäge". Es sei nun langsam etwas Chirurgie angezeigt, wenn auch nicht gerade eine Amputation; vielleicht sei vorerst einmal plastische Chirurgie ausreichend. Dies müsse man nun aber ernst nehmen und entsprechend dahintergehen. Seit Jahren werde angetönt, man spare beim Sachaufwand und wenn er sich richtig erinnere sei es nicht länger als ein Jahr her, dass vom Personalaufwand gesprochen worden sei. Dort müsse man sich nun halt etwas dahinterklemmen.

Die SVP habe den Eindruck, man sollte nun einmal alle Aktivitäten, die nicht durch übergeordnetes Recht vorgeschrieben seien, überprüfen und den Muriger Luxus mindestens stellenweise abbauen. Seit Jahrzehnten verfüge die Gemeinde über einen gleich bleibenden Stellenbestand. Aufgrund diverser Abgaben von Kompetenzen an den Kanton oder an die Regionalkonferenz müsste einmal etwas genauer hingeschaut und im Sinne eines Stellenmoratoriums dafür gesorgt werden, dass der Stellenaufwand sinke. Indem Engpässe intern umbesetzt und Abgänge nicht ersetzt würden, würden schon relativ gute Einsparungsmöglichkeiten bestehen. In den letzten 15 Jahren seien insbesondere die Aufgaben des Arbeitsamtes an die kantonalen RAV's abgegeben worden, die Aufgaben des Steuerbüros seien vom Kanton übernommen worden und die Regionalkonferenz habe diverse Planungsaufgaben übernommen. Dies alles habe keine Auswirkungen auf den Personalbestand gehabt. Um dieser Forderung auf die Budgetsitzung hin etwas Nachachtung zu verschaffen, werde die SVP heute eine entsprechende Motion in Umlauf setzen. Er bitte die Ratsmitglieder, diese anzuschauen und wenn es ihnen mit den Gemeindefinanzen ernst sei, auch zu unterschreiben. Damit solle eine Budgetvariante mit Steuerfuss 1.07 erhältlich gemacht und der Auftrag erteilt werden, mit dem Sparen ernst zu machen. Dies entnehme die SVP der Rechnung und sage, sie wolle nicht nach hinten schauen und einzelne Posten korrigieren, sondern nach vorne schauen, wie man sich auf dem Tanker positionieren könnte, welche Befehle der Steuermann an den Maschinenraum geben müsse, damit er die Kurve kriege und nicht in einen Eisberg hineinfahre.

Matthias Manz bedankt sich namens der SP-Fraktion beim Gemeinderat und bei der Verwaltung für die solide Geschäftsführung im letzten Jahr. Die SP teile die Auffassung, dass mit den Geldern zurückhaltend umgegangen worden sei. Wenn ein Sachaufwand und ein Personalaufwand unter dem Budget vorliegen würden, zeige dies, dass in Muri nicht mit grosser Luft, die dann gut abgelassen werden könne, budgetiert worden sei. Er sei auch froh, dass der Gemeinderat nicht der Versuchung erlegen sei, bei den Investitionen zu sparen. Das grosse Defizit sei absehbar gewesen, die Versuchung habe vorgelegen und es sei richtig, dass er die Investitionen auf einem respektablem Niveau gehalten habe. Die Geschichte mit der Visana sei natürlich bedauerlich, in einer derartigen Grössenordnung zum Glück jedoch einmalig. Da es sich aber um einen wiederkehrenden Ausfall handle, würde ihn interessieren, ob die grösseren Zuzüge – wie z.B. die CS – diese Grössenordnung zu kompensieren vermögen würden oder ob die Visana steuerlich ein dermassen grosser Posten gewesen sei, dass auch eine CS-Niederlassung dies nicht kompensieren könnte. Die zweite Frage betreffe das FILAG 2012. Man habe jedes Jahr neue Prognosen darüber erhalten, mit wie vielen Millionen Muri besser fahren werde. Jetzt sei vermutlich die Gesetzesberatung erfolgt und er wolle sich erkundigen, ob diesbezüglich schon bekannt sei, welche Verbesserung für Muri eintreten werde. Erstaunlich finde er, dass die familienergänzenden Betreuungsstrukturen – Tagesschulen und Kindertagesstätten –, welche die Gemeinde Muri sehr ausgebaut habe, offenbar unglaublich florieren würden. Der Rechnung könne entnommen werden, dass die Eltern sowohl in der Tagesschule als auch in der Kindertagesstätte ganz beachtliche, weit über dem Budget liegende Gelder einbringen würden. Es müsse honoriert werden, dass wenn die Gemeinde ihr Angebot so dynamisch ausbaue, die Eltern offenbar mitmachen würden und dies in der Rechnung auch ersichtlich sei.

Die Finanzkennzahlen seien natürlich höchst betrüblich und unangenehm, es könne aber von einer künftigen Verbesserung ausgegangen werden. Hier möchte er auch von Seiten der SP einige Bemerkungen zur Zukunft anbringen. Er sehe es nicht gleich wie sein Vorredner. Beim Betrachten der Zahlen auf Seite 9 der Botschaft sei ersichtlich, dass über 5-6 Jahre sowohl der Sachaufwand als auch der Personalaufwand zurückgegangen seien. Es möge ihm jemand ein anderes Gemeinwesen aufzeigen, wo dies der Fall sei. Der Kanton sei es jedenfalls nicht, der Bund vermutlich auch nicht. Dass diese beiden Kennzahlen rückläufig seien, stelle doch eher eine rare Situation dar. Normal sei vielmehr, dass aufgrund einer Ausdehnung des Services auch der Aufwand steige. Aus Sicht der SP seien für die Budgetierung 4 Rahmenbedingungen wichtig:

1. Die heutigen Nettoinvestitionen würden wohl eher auf einem unteren Niveau liegen. Die Zukunft werde zeigen, dass der Bedarf an Sanierungen grösser als heute sein werde. Es müsse also mit einem gegenüber heute höheren Nettoinvestitionsvolumen gerechnet werden.
2. Das heutige Eigenkapital von CHF 18,5 Mio. sei zwar nach wie vor relativ gut, aber um einiges tiefer als noch vor ein paar Jahren. Seiner Meinung nach sei es ganz wichtig, das Eigenkapital wieder aufzustocken. Sonst würde dies nichts anderes bedeuten, als dass der GGR und der Gemeinderat während einigen Jahren das Eigenkapital abgebaut hätten und dann müsste eine nächste Politiker-Generation schauen, wie sie eine ähnliche Krise überstehen wolle. Dies sei nicht statthaft und würde eine Art Zechprellerei bedeuten.
3. Natürlich sollten Budget und Finanzplan ausgeglichen sein, aber nicht nur das, sondern es müssten Überschüsse geäufnet werden, um das Eigenkapital wieder aufzustocken.
4. Was die Steueranlage anbelange, so könne noch nicht gesagt werden, ob sie bei 1.07 oder wo liegen müsse; die Berechnungen seien im Gang. Sicher sei aber, dass in den nächsten paar Jahren mehr Geld, als für das laufende Geschäft unmittelbar benötigt werde, hereingeholt werden müsse. Es müssten keine Steuern auf Vorrat, aber für die Aufstockung des Notvorrats erhältlich gemacht werden. Er möchte dies dem Gemeinderat bei der Budgetearbeitung zu bedenken geben.

Adrian Kauth erklärt namens der FDP/jf-Fraktion, er wolle sich kurz fassen, sehr viel sei bereits gesagt worden. Grundsätzlich wolle er sich zur Rechnung äussern und nicht zum Budget. Die Budgetdebatte werde dann im Herbst geführt werden. Die FDP habe sich sehr darüber gefreut, dass es gelungen sei, die Ausgaben unter den budgetierten Werten zu halten. Dies sei keine Selbstverständlichkeit und er danke den Verantwortlichen für die entsprechenden Bemühungen. Dass die Gemeinde auf der Ertragsseite von oben bestimmt werde, sei klar. Er möchte hier aber zu bedenken geben, dass auch eigene Faktoren bestehen würden, also solche, welche wir uns selber zuschreiben hätten – er denke u.a. an die missglückte Ortsplanungsrevision aus dem Jahr 2009 –, welche einen Einfluss auf die heutige Ertragslage hätten. Unter all den nun gehörten Umständen werde die Budgetberatung im Herbst sehr interessant und spannend werden. Es seien dann alle gefordert, vernünftige Lösungsvorschläge einzubringen. Die FDP/jf-Fraktion stimme der Rechnung bzw. den gemeinderätlichen Anträgen zu.

Marcel Kämpf bedankt sich namens der forum-Fraktion für die detaillierten und aussagekräftigen Unterlagen zur Gemeinderechnung 2010. Er bedanke sich speziell beim Gemeinderat und den Mitarbeitenden der Verwaltung für die disziplinierte Einhaltung der Budgetvorgaben. Wie bekannt, sei das schlechte Rechnungsergebnis 2010 zu einem grossen Teil durch Steuerausfälle wegen des Wegzugs der Visana, rückwirkend per 2003, entstanden. Mit Blick auf die Finanzplanungsperiode 2011-2015 und den Voranschlag 2012 sehe das forum dringenden Handlungsbedarf,

obschon die Finanzkennzahlen für die nächsten 3 Jahre noch ein genügendes Eigenkapital aufweisen würden. Aber auch bei einer Steuererhöhung 2012 werde die Gemeinde negative Ergebnisse schreiben, dies vermutlich noch eine Zeit lang. Das gegenwärtige Polster beim Eigenkapital sei nur dank ausserordentlicher Erträge in den letzten 5 Jahren zustande gekommen (Erbchaftssteuern und Desinvestitionen). Die teilweise geschönte Finanzkraft der Gemeinde und der mit dem tiefen Gemeindesteuersatz bewirkte Standortvorteil hätten nun ihre Konsequenzen. Dazu komme, dass der tiefe Steuerfuss der Gemeinde Muri langsam aufgeholt werde durch Konkurrenzgemeinden wie z.B. Ittigen. Niemand bezahle gerne Steuern, aber wenn tiefere Steuersätze künftig nur mit Leistungsabbau oder der Ausgrenzung junger und älterer Einwohner zu haben seien, bestehe politischer Handlungsbedarf. Das forum erwarte hinsichtlich der Beratung des Voranschlags 2012 – wie bei der letzten Budgetrunde vom Parlament angekündigt –, dass zwingend nötige Massnahmen vorgenommen und verschiedene Budgetvarianten vorgelegt würden. Es würden diverse Projekte anstehen (Sportanlage Füllerich, Instandstellung von Wohnungen der Gemeinde, Kindergärten Stöckli und Melchenbühl), die nun mit grossem Aufwand saniert werden müssten, da jahrzehntelang nicht in die Infrastruktur investiert worden sei. Dazu werde sich die forum-Fraktion im Herbst im Rahmen der Budgetberatung äussern. Sie stimme den Anträgen des Gemeinderats einstimmig zu.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen allgemeiner Art und zur Botschaft.

Kapitelweise Detailberatung der Rechnung

Allgemeine Verwaltung, S. 11-13

Keine Bemerkungen

Öffentliche Sicherheit, S. 14-16

Keine Bemerkungen

Bildung, S. 17-19

Matthias Manz (SP) hat folgende Frage zum Konto 218.451.10: Der namhafte Kantonsbeitrag sei nicht budgetiert gewesen. Ob dies vergessen worden sei oder ob es sich um eine neue Finanzierungsweise handle, von der wir profitieren könnten?

Finanzverwalter Beat Schmid erklärt, die Tagesschule sei bis Ende Juli über die Gesundheits- und Fürsorgedirektion gelaufen, ab 1. August über die Erziehungsdirektion. Deshalb würden künftig direkte Kantonsbeiträge ausgerichtet. Je höher der Aufwand sei, desto höher seien die Kantonsbeiträge.

Kultur und Freizeit, S. 20-23

Keine Bemerkungen

Gesundheit, S. 24 + 25

Keine Bemerkungen

Soziale Wohlfahrt, S. 26-30

Keine Bemerkungen

Verkehr, S. 31 + 32

Stefan Gautschi (forum) hat folgende Frage zum Konto 620.312.40, Regenabwasser: Wo dieses Geld hingehge bzw. was wir dafür erhalten würden? Ob dieses Geld den Gemeindebetrieben Muri zuflüsse und was damit gemacht werde?

Beat Schmid bestätigt, dass dieser Betrag in die Gemeindebetriebe fliesse, er könne hier aber nicht für die Gemeindebetriebe sprechen. Was diese mit den Erträgen mache, entziehe sich seiner Kenntnis.

Matthias Manz (SP) hat folgende Frage zum Konto 650.436.10 Verkauf von SBB-Tageskarten: Hier sei eine Ertragsposition enthalten, er habe aber keine Aufwandposition gefunden. Ob es sich dabei um den Nettoertrag handle?

Beat Schmid erklärt, es müsste bei der Bestandesrechnung auf Seite 44 das Konto 1011.50 SBB-Tageskarten beigezogen werden. Während des ganzen Jahres laufe dies wie ein Kontokorrent und Ende Jahr würden die momentan 10 Tageskarten aktiviert. Dies koste CHF 97'750.00 und der überschüssende Betrag werde zu Gunsten des Kontos 650.436.10 Verkauf von SBB-Tageskarten vereinnahmt.

Umwelt und Raumordnung, S. 33 + 34

Keine Bemerkungen

Volkswirtschaft, S. 35

Keine Bemerkungen

Finanzen und Steuern, S. 36-38

Keine Bemerkungen

Investitionsrechnung, S. 39-43

Keine Bemerkungen

Bestandesrechnung, S. 44-49

Keine Bemerkungen

Finanzkennzahlen, S. 50 + 51

Keine Bemerkungen

Feuerwehr AMG, S. 52

Keine Bemerkungen

Eventualverpflichtungen, S. 53

Keine Bemerkungen

Investitionen 2010 (blaues Dokument)

Keine Bemerkungen

Nachkreditabelle 2010 (gelbes Dokument)

Keine Bemerkungen

Martin Häusermann verzichtet als GPK-Sprecher auf ein Schlusswort.

Hans-Rudolf Saxer beantwortet die beiden von Matthias Manz gestellten Fragen wie folgt:

1. FILAG 2012: Als das FILAG erstmals an die Öffentlichkeit gelangt sei, habe man für die Gemeinde Muri mit Entlastungen von rund CHF 1,8 Mio. rechnen können, was immerhin einen halben Steuerzehntel ausgemacht hätte. Ein derartiges Gesetzgebungsverfahren – und vor allem das FILAG, wo alle Interessengruppen an allen Ecken des Tischtuches ziehen würden – sei relativ komplex und unter ca. vier Malen sei dieser Betrag immer kleiner geworden. Er habe gegen Schluss befürchtet, dass die Gemeinde noch mehr als bis anhin zu bezahlen haben werde, aber dieses worst case-Szenario sei immerhin nicht eingetroffen. Das in

diesem März nach zweiter Lesung durch den Grossen Rat verabschiedete FILAG-Gesetz sehe eine Entlastung für die Gemeinde Muri von rund CHF 400'000.00 vor, was ca. einem Zehntel eines Steuerzehntels entspreche. Dies löse zwar das Problem nicht, sei aber immerhin etwas.

2. Steuerertragsminderung wegen des steuertechnischen Wegfalls der Visana: Wie im letzten Herbst den Medien habe entnommen werden können – und er könne dies hier wiederholen, ohne das Steuergeheimnis zu verletzen –, habe die Visana im Schnitt ca. CHF 1 Mio. pro Jahr an Steuern bezahlt. Die Visana sei der beste Steuerzahler unter den juristischen Personen unserer Gemeinde gewesen und könne nicht einfach so ersetzt werden. Es werde insbesondere auch beobachtet, mit welchen Steuererträgen von neu in die Gemeinde zuziehenden Unternehmungen gerechnet werden könne. Man dürfe sich aber tendenziell keine Illusionen machen, der Verlust der Visana werde auch in den künftigen Jahren spürbar sein.

Beschluss (einstimmig)

1. Von den Nachkrediten in der Gesamthöhe von CHF 2'775'520.00 wird Kenntnis genommen.
2. Die Jahresrechnung 2010, die mit einem Aufwandüberschuss von CHF 5'550'203.65 abschliesst, wird genehmigt.

5 Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2011

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Mit der Vornahme der Prüfung von Buchhaltung und Jahresrechnung 2010 wird die ROD Treuhand beauftragt.

6 Verwaltungsbericht 2010 der Gemeinde Muri bei Bern

Jsabelle Gossweiler führt als Sprecherin der GPK aus, seit einigen Jahren erhalte der Rat einen umfassenden Bericht, welcher über die geleistete Arbeit der Verwaltung detailliert informiere. Der Verwaltungsbericht 2010 umfasse über 70 Seiten und es könnten ihm viele nützliche Daten über die Gemeinde entnommen werden. So zum Beispiel auf Seite 22 die 5 Projekte, welche den Rat doch zum Teil intensiv beschäftigt hätten. Erstmals lasse sich auf Seite 15 ein Bericht der GPK zum Datenschutz finden. Der Verwaltungsbericht könne als umfassendes und kompetentes Arbeitsinstrument gebraucht werden. Damit aber die Stärken garantiert und die Schwächen verbessert werden könnten, möchte die GPK die Verwaltung auffordern, ihre Effizienz und Qualität in einem laufenden Prozess immer zu hinterfragen und allenfalls anzupassen. Nichtsdestotrotz danke sie im Namen der GPK und des gesamten Parlaments der Verwaltung für die geleistete Arbeit und für den Bericht 2010 und sie hoffe auf eine weiterhin gegenseitig respektvolle und für unsere Gemeinde bereichernde Zusammenarbeit. In diesem Sinn beantrage die GPK dem Parlament, den Verwaltungsbericht 2010 wie vorliegend anzunehmen.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, weitere Wortmeldungen allgemeiner Natur, anschliessend kapitelweise Beratung.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Das Wort wird für Fraktionserklärungen nicht verlangt.

Kapitelweise Beratung

Seiten 3 + 4

Beat Wegmüller (SP) erklärt, er hätte eigentlich etwas Allgemeines ausführen wollen, deshalb sage er dies nun hier. Im Zusammenhang mit diesem Verwaltungsbericht, welchen die SP selbstverständlich ebenfalls verdanke, hätte er noch folgendes Anliegen: Es wäre sinnvoll und zweckmässig, wenn gleichzeitig mit dem Verwaltungsbericht auch der Jahresbericht der Gemeindebetriebe vorgelegt würde. Dann wüsste man vielleicht, was mit dem unter Traktandum 4 erwähnten Betrag geschehen wäre. Ebenfalls würde vom Alters- und Pflegeheim ein Geschäftsbericht erwünscht, nicht nur ein schöner Jahresbericht, welcher untermauere, was eigentlich gelaufen sei. Die SP sei sich bewusst, dass sie dazu nichts sagen könne, aber im Sinne der Information und der Transparenz wäre es sinnvoll, wenn von diesen beiden Institutionen gleichzeitig mit dem Verwaltungsbericht ebenfalls ein Bericht vorgelegt würde.

Seiten 5-15

Keine Bemerkungen

Seiten 16-21

Stefan Gautschi (forum) führt zu Ziff. 33 "Im Jahr 2010 behandelte wichtige Geschäfte" aus, er wäre froh, wenn die Geschäfte aufgeteilt würden in vom Gemeinderat und vom Grossen Gemeinderat veranlasste Geschäfte.

Seiten 22-32

Stefan Gautschi (forum) erkundigt sich zu Ziff. 40.3 "Personal" (nicht besetzte Stellen bei der Bauverwaltung), wie die dortige Personalentwicklung aussehe, ob jemand gesucht werde und wie der Stand sei.

Seiten 30-32

Keine Bemerkungen

Seiten 33-39

Keine Bemerkungen

Seiten 40-44

Keine Bemerkungen

Seiten 45-51

Keine Bemerkungen

Seiten 52 + 53

Keine Bemerkungen

Seiten 54-71

Keine Bemerkungen

Jsabelle Gossweiler verzichtet als GPK-Sprecherin auf ein Schlusswort.

Hans-Rudolf Saxer führt bezüglich der Frage der zusätzlichen Stelle auf der Bauverwaltung aus, der Gemeinderat warte derzeit noch auf eine Funktionsbeschreibung,

welche die Bauverwaltung zu liefern habe. Sobald diese vorliege und bereinigt sei, werde die Stelle ausgeschrieben.

Beschluss (einstimmig)

1. Der Verwaltungsbericht 2010 der Gemeinde Muri bei Bern wird genehmigt.
2. Die Vorstösse gemäss Kapitel 28.1 (Postulate) werden als erfüllt abgeschrieben.

7 Legislaturziele 2009 - 2012 (Zwischenbilanz per Ende 2010)

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Hans-Rudolf Saxer führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er wolle hier in aller Form gegenüber dem Parlament bestätigen, dass es sich für den Gemeinderat und für den Gemeindepräsidenten um ein ausserordentlich wichtiges Führungsinstrument handle, welches er während des Jahres x-mal gebrauche. Es werde mit aller Sorgfalt bewirtschaftet und alljährlich werde Ende Jahr eine Bilanz gemacht und geschaut, wo man stehe und wo allenfalls weitere Massnahmen nötig seien. Die Legislaturziele hätten also einen sehr hohen Stellenwert für den Gemeinderat. Im Übrigen beantworte der Gemeinderat gerne allfällige Fragen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, kapitelweise Detailberatung, weitere Wortmeldungen.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Beat Schmitter führt aus, die FDP/jf-Fraktion habe die Zwischenbilanz intensiv angeschaut und sei im Grossen und Ganzen erfreut über den ausgewiesenen Stand der Arbeiten. Die meisten Ziele, welche nicht Daueraufgaben oder fremdbestimmt seien, seien umgesetzt worden oder in Arbeit. Die Fraktion danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für diese speditiven Arbeiten. Sorgen bereite ihr die Situation an der Aare, wo das Projekt Aarewasser durch rechtliche und administrative Auseinandersetzungen, welche ausserhalb des Einflussbereichs der Gemeinde seien, auf unbestimmte Zeit verzögert werden könne. Diese Situation führe zu einer akuten Gefährdung der Wasserefassung in der Wehrliau. Es sei unsicher, ob die bestehenden Schutzdämme trotz der erfolgten provisorischen Verstärkungsmassnahmen einem nächsten Hochwasser widerstehen könnten. Sollte dies nicht der Fall sein, drohe neben erheblichen Schäden ein länger andauernder Ausfall der Anlage mit unabsehbaren Folgen für die Gemeinde und die Region. Die FDP/jf-Fraktion fordere den Gemeinderat deshalb auf, zusammen mit den kantonalen Behörden unverzüglich das Teilprojekt Wehrliau vorzuziehen oder aber notfalls nochmals provisorische Sicherungsmassnahmen an die Hand zu nehmen.

Beat Wegmüller erklärt, die SP-Fraktion habe von der Zwischenbilanz positiv Kenntnis genommen. Eine Bemerkung resp. Anregung wolle sie anbringen: Beim schwarzen Text handle es sich um die Legislaturziele vom 19. April 2009. In der Zwischenzeit hätten sich sicherlich neue Legislaturziele ergeben, welche seiner Ansicht nach in die laufende Legislaturplanung eingebaut werden sollten. Die SP rege deshalb an, dass im Sinne einer rollenden Planung neue Legislaturziele, welche sich ergeben hätten, wiederum hier vermerkt werden sollten. Innerhalb der letzten zwei Jahre habe es sicherlich neue Ziele gegeben, gerade auch im Zusammenhang mit Postulaten und Motionen. Im Weiteren werde er in der Detailberatung noch verschiedene Fragen stellen.

Kapitelweise Detailberatung

Kapitel 1 Gesamtentwicklung

Keine Bemerkungen

Kapitel 2 Wohnen und Arbeiten

Keine Bemerkungen

Kapitel 3 Bildung

Beat Wegmüller (SP) erklärt, auf Seite 8 stehe: "Die Einrichtung weiterer Mittagstische bei den Schulanlagen prüfen und bedarfsgerecht realisieren". Die SP erachte den Text bezüglich Stand der Arbeiten als wenig bis gar nicht aussagekräftig. Dies wolle sie dem Gemeinderat mitgeben.

Kapitel 4 Umwelt und Energie

Martin Humm (EVP) erklärt, auf Seite 11 werde zur ehemaligen Schiessanlage ausgeführt, dass unterschiedliche Meinungen zwischen Bund und Kanton bestehen würden. Er wolle sich erkundigen, ob gravierende Sachen vorliegen würden, welche Kostenfolgen nach sich ziehen könnten und die Gemeinde wissen müsste? Ob man schon etwas über die Zukunft dieser ehemaligen Schiessanlage sagen könne?

Stefan Gautschi (forum) führt als Antwort zum Votum von Beat Schmitter aus, es sei zwar richtig, dass das Projekt Aarewasser hier erwähnt sei. Nicht richtig sei hingegen gemäss von ihm eingeholten Informationen, dass die Gemeinde nichts dagegen machen könne. Er verweise darauf, dass er auf diese Problematik habe hinweisen wollen, als er eine Diskussion verlangt habe, die dann aber nicht gewünscht worden sei. In der Zeitung sei zu lesen gewesen, dass das Projekt Aarewasser im März gestoppt worden sei, weil in Kiesen eine Trinkwasserförderung bestehe, welche durch das Projekt gefährdet sei. Die Kostenfolgen würden sich auf CHF 100 Mio. belaufen und das Ganze sei blockiert. Der Wasserverbund Region Bern habe Einsprache erhoben, ihm gehe das Wasser aus. Seinen damaligen Vorstoss habe er eingereicht mit dem Ziel, zu überprüfen, ob sich Muri nicht mit dem Wasserverbund Region Bern zusammenschliessen könnte, damit das Problem des Auenschutzes, des Hochwasserschutzes, des Trinkwasserschutzes gemeinsam gelöst werden könnte.

Kapitel 5 Verkehr

Keine Bemerkungen

Kapitel 6 Jugend, Kultur, Sport

Beat Wegmüller (SP) zitiert auf Seite 17: "Die vom Kanton auf 2010 in Aussicht gestellten Anpassungen des Steuerungskonzepts (offene Jugendarbeit) umsetzen". Er weise darauf hin, dass hier die Antwort hinsichtlich Stand der Arbeiten fehle.

Kapitel 7 Soziales und Gesundheit

Beat Wegmüller (SP) erklärt, auch hier fehle beim Punkt "Konkrete Fallsteuerungsmodelle ..." die Antwort hinsichtlich Stand der Arbeiten.

Kapitel 8 Sicherheit

Keine Bemerkungen

Kapitel 9 Finanzen

Keine Bemerkungen

Kapitel 10 Verwaltung

Beat Wegmüller (SP) erklärt, er habe eine Bemerkung zur Organisation der Baupolizei: Er habe einen diesbezüglichen Antrag gestellt und es sei zu erwähnen, dass es eine Änderung der Gemeindeordnung brauche.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, der Gemeinderat werde die Antworten ressortweise aufteilen. Er nehme Stellung zu den beiden folgenden Punkten:

- a) Hochwasserschutz: Dies sei tatsächlich aus Sicht der Gemeinde Muri ein leidiges Kapitel. Die Gemeinde sei Spielball von Auseinandersetzungen, welche sich auf kantonaler und auf Bundes-Ebene zwischen den verschiedensten vertretenen Interessen abspielen würden. Es gehe einerseits um ein Renaturierungsprojekt, andererseits um ein Hochwasserschutzprojekt und schliesslich noch um ein Freizeit- und Sportprojekt. Die Zielsetzungen hätten alle unterschiedliche Fürsprecher, welche sich in einzelnen Punkten nicht einigen könnten. Er sei sehr froh, dass die Aare nicht hohes Wasser führe und der Zustand passe dem Gemeinderat ganz und gar nicht. Er könne hier nur unterstreichen, dass gemacht werde, was möglich sei. Kürzlich habe erneut eine Besprechung im Gemeindehaus stattgefunden mit den zuständigen Kaderleuten des Kantons. Diese würden die Notwendigkeit einsehen und hätten versichert, sie würden die Gemeinde nach Kräften unterstützen. Ihre Einflussmöglichkeiten würden aber zum Teil auch ansatzweise überschritten; es würde sich hier um ein abendfüllendes Thema handeln. Der Gemeinderat teile die Auffassung von Beat Schmitter, dass es sich um eine mühsame Angelegenheit handle; er bleibe selbstverständlich an der Sache dran.
- b) Rollende Planung: Die Legislaturziele würden – soweit dies nötig sei – aktualisiert, aber sehr zurückhaltend. Es handle sich um ein mittelfristiges, nicht um ein kurzfristiges Führungsinstrument und wenn es dauernd angepasst würde, wären die Verlässlichkeit und die Beständigkeit nicht mehr garantiert. Er könne darauf aufmerksam machen, dass die Legislaturziele am 26. Oktober 2009 gestützt auf die Abstimmung über die Ortsplanungsrevision in zwei Punkten angepasst worden seien. Bei grundsätzlichen Sachen erfolge eine Anpassung, aber mit einer gewissen Zurückhaltung, damit keine Abwertung des längerfristigen Führungsinstruments erfolge. In diesem Zusammenhang wolle er hier festhalten, dass es sich lediglich um eine Auswahl der Aufgaben, welche auf der Gemeindeverwaltung bearbeitet würden, handle. Neben dem Tagesgeschäft seien auch kleinere und mittlere Projekte vorhanden, welche nicht in den Legislaturzielen enthalten seien.

Daniela Pedinelli erklärt zum Dauerauftrag "Die Einrichtung weiterer Mittagstische bei den Schulanlagen prüfen und bedarfsgerecht realisieren", es handle sich um eine Reminiszenz aus der Zeit, als das Mittagsmodul der Tagesschulen vom Kanton nicht vorgeschrieben gewesen sei. In dem Sinn sei die Antwort, dass die Einrichtung weiterer Mittagstische im Rahmen der Entwicklung der Tagesschule laufend geprüft werde, korrekt. Wie bekannt und gesetzlich vorgeschrieben sei, müsse neu bei einem Bedarf ab 10 Kindern ein Angebot bereitgestellt werden. Dies gelte selbstverständlich nicht nur für das Mittagsmodul, sondern auch für das Morgen- oder für das Nachmittagsmodul. Sie nehme dies nun mal so entgegen und bei der nächsten Definition der Legislaturziele müsse dieser Punkt entweder entfernt oder aufgrund der Gesetzesänderung neu formuliert werden.

Kornelia Hässig führt betreffend ehemalige Schiessanlage aus, es handle sich um eine Pendenz, welche bereits bei ihrem Amtsantritt bestanden habe. Sie könne über den Konflikt nichts Genaues sagen, gehe aber davon aus, es gehe a) um die Finanzierung und den Kostenteiler und b) was als zwingend erklärt werden müsse. Die Gemeinde sei eigentlich froh, dass im Moment keine Sanierung erfolgen müsse. Sie habe sich bei der Verwaltung vergewissern lassen, dass keine Gefährdung bestehe. Der Standort liege am Waldrand, abseits von Wegen. Eine Gefahr, dass

dort jemand zum Spielen hingehge und sich auf eine gefährliche Art und Weise kontaminieren lassen könnte, bestehe nicht. Daher sei man eigentlich froh, dass die Sache noch pendent sei, da sich die Gemeinde ja auch finanziell beteiligen müsste. Zum Kostenteiler könne sie nichts Detailliertes sagen, könnte dies aber abklären.

Pia Aeschimann erklärt, der Grund, weshalb beim Punkt "Konkrete Fallsteuerungsmodelle und Varianten von Ablauforganisationen prüfen" keine Antwort stehe, liege darin, dass auch nichts gemacht worden sei. Die Massnahme sei aufgeführt worden, da man damals mit einem Anstieg der Fallzahlen gerechnet habe. Dies aus zwei Gründen: Man habe zwar gewusst, dass die Zeit bis zur Aussteuerung von Arbeitslosen verkürzt werde, aber ein Datum sei noch nicht bekannt gewesen. Zudem habe man noch nicht gewusst, welche Auswirkungen die Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben werde. Deshalb habe man diese Fallsteuerungsmodelle überprüfen wollen. Weshalb sei nun nichts gemacht worden? Einerseits sei die frühere Aussteuerung erst jetzt in Kraft getreten. Es werde schätzungsweise aufgrund dieser Änderung ca. 10 Fälle mehr für unsere Gemeinde geben, sicher wisse man dies aber erst Ende Jahr. Andererseits sei der Arbeitsmarkt nicht so stark von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen worden, weshalb kein Handlungsbedarf bestehe.

Beschluss

Von der Zwischenbilanz der Legislaturziele 2009 - 2012 wird Kenntnis genommen.

8 Fähribeizli Muri; Übertragung eines Baurechts an die Fähribeizli AG in Gründung

Peter Kneubühler führt als Sprecher der GPK aus, die GPK empfehle dem GGR einstimmig, dem vom Gemeinderat beantragten, drei Ziffern umfassenden Beschluss zuzustimmen. Die GPK habe sich an ihrer Sitzung vom 11. Mai 2011 über das zur Diskussion stehende Geschäft umfassend informieren lassen. Wie auch der Botschaft entnommen werden könne, habe die Gemeinde selber für CHF 30'000.00 Aktien gezeichnet und beteilige sich damit mit 8 % am gesamten Aktienkapital. Die GPK sei zur Überzeugung gelangt, dass es sich alles in allem um eine sehr erfreuliche Vorlage handle, die heute – natürlich nach erfolgter Genehmigung durch den GGR – zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden könne. Eine Frage aus der Mitte der GPK betreffend den vermeintlich hohen Darlehenszins von 3,25 % sei dahingehend beantwortet worden, dass sich dieser Zins sowohl für den Darlehensnehmer, namentlich den Restaurationsbetrieb, als auch für den Darlehensgeber, also die Aktionäre, in einem vertretbaren Rahmen bewege. Keine Bank würde einem Restaurationsbetrieb heute Kapital zu so günstigen Konditionen zur Verfügung stellen. Handkehrum könne sich auch der Zinssatz für die Darlehensgeber von 1,625 % – der sich aus der Mischrechnung von Aktien und Darlehen ergebe – auf dem Markt durchaus sehen lassen. Schliesslich handle es sich ja auch nicht um eine Rendite-, sondern vielmehr um eine "Wohlfühl"-Anlage.

Hans-Rudolf Saxer erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, auch aus Sicht des Gemeinderats handle es sich um ein ausserordentlich erfreuliches Geschäft. Wie ab und zu in den Zeitungen zu lesen sei, seien Gemeinden, welche ein Restaurant zu Eigentum hätten, nicht rundum glücklich mit diesem Zustand. Die Gemeinde Muri habe bis anhin nie ein diesbezügliches Problem gehabt, sei aber auch erst seit ca. 2 Jahren Eigentümerin des "Fähribeizli". Die Lösung, die Muri mit dem Grossen Gemeinderat gefunden habe – Überweisung von entsprechenden parlamentarischen Vorstössen –, sei sehr gut und finde auch bei anderen Gemeinden Interesse und Beachtung. Er könne in diesem Zusammenhang festhalten, wie das Ergebnis der

öffentlichen Aktienzeichnung laute. Es sei bekannt, dass das "Fähribeizli" für einen grossen Teil der Bevölkerung nicht gerade Kultstatus, aber doch einen hohen emotionalen Wert habe und es könne mit sehr viel Befriedigung festgestellt werden, dass sich dies mit einem Griff nach "hinten rechts" manifestiert habe. Es hätten doch rund 75 Aktionärinnen und Aktionäre ein Aktienkapital im Umfang von rund CHF 350'000.00, zuzüglich CHF 350'000.00 Darlehen, gezeichnet. Mit andern Worten sei das gesetzte Minimalziel von CHF 600'000.00 Eigenkapital erreicht worden und damit werde die Fähribeizli AG ein gutes finanzielles Fundament bekommen. Wie vom GPK-Sprecher ausgeführt worden und den Unterlagen zu entnehmen sei, beteilige sich die Gemeinde mit CHF 30'000.00 Aktienkapital und CHF 30'000.00 Darlehen. Die öffentliche Ausschreibung sei so erfolgt, dass kein Aktionär mehr als CHF 30'000.00 habe zeichnen können. Es gebe somit keinen Aktionär, welcher über mehr Aktienkapital an der Fähribeizli AG verfüge als die Gemeinde. Man habe damit verhindern wollen, dass irgend jemand z.B. CHF 100'000.00 einbezahlt und damit die Aktienmehrheit gehabt hätte. Es wäre nicht im Sinn der Sache von "Fähribeizli dem Volk" gewesen, wenn eine einzige Person die Aktienmehrheit gehabt hätte. Die Gemeinde sei bei den grössten Aktionären, aber nichtsdestotrotz betrage der Aktienkapitalanteil rund 8 %. Die Bezahlung der CHF 30'000.00 resp. CHF 60'000.00 sei zugesichert worden, aber selbstverständlich unter dem Vorbehalt, dass der GGR heute Abend dem Geschäft zustimme. Der Zahlungsauftrag sei vorbereitet, werde aber erst morgen Vormittag weitergeleitet.

Eintreten wird nicht bestritten.

Adrian Kauth führt namens der FDP/jf-Fraktion aus, eine Idee sei zum Projekt gereift. Im Mai 2009 habe die Fraktion mit einem Vorstoss ihre freisinnige Idee eingereicht, das Fähribeizli in eine eigenständige Trägerschaft umzuwandeln und die Gemeinde von der Führungsaufgabe eines Restaurants zu entlasten. Dank breiter Unterstützung durch das Parlament und die Bevölkerung sei es jetzt gelungen, ein Projekt zu präsentieren, das den Charme des heutigen Restaurantbetriebs beibehalte, die Rahmenbedingungen akzeptiere, aber gleichzeitig eine gewisse Erneuerung ermögliche. Allen Beteiligten danke die FDP/jf-Fraktion für die Unterstützung der Idee und das Ausarbeiten des Projekts. Sie freue sich – die Zustimmung heute Abend vorausgesetzt – auf das neue Fähribeizli unter der Volks-Trägerschaft.

Markus Bärtschi erklärt, die SVP-Fraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu, um dies vorwegzunehmen. In der Fraktion hätten vor allem zwei Punkte zu reden gegeben: Einerseits sei die Baurechtsdauer mit 60 Jahren angesichts der Erfahrungen, welche am Ende des letzten Baurechtsvertrags gemacht worden seien, recht lang. Aus ihrer Sicht hätte einiges dafür gesprochen, die Dauer auf die Abschreibungsdauer oder auf die Lebensdauer der Investitionen zu beschränken, welche jetzt fällig seien. Verlängert werden könnte sie immer noch, was dann nicht mehr Sache der hier Anwesenden und sonst am Projekt Beteiligten wäre. Wie befürchtet seien die Rahmenbedingungen nicht geeignet gewesen, um eine Volks-AG zu erreichen, es sei eine FDP-AG geworden. Das Zustandekommen der Zeichnung stelle aber eine beachtliche Leistung dar, welche die SVP auch anerkenne. Es sei auch mit der FDP-AG nicht ausgeschlossen, dass das vordringliche Ziel, der Bevölkerung das Fähribeizli zu erhalten und gut zu erhalten, ohne dass die Gemeinde selber wirten oder verwalten müsse, erreicht werden könne. Der Gemeinderat werde aber aufgefordert, das Ziel im Baurechtsvertrag so sicherzustellen, dass das Führen der Restauration, und zwar für das Publikum zugänglich, als wesentliche Pflicht der Baurechtsnehmerin stipuliert werde, so dass eine Verletzung dieser Pflicht zum Heimfall führen würde. In 60 Jahren könne viel passieren und es dürfe nicht sein, dass dort plötzlich ein Clubhaus entstehe oder ein Leerstand vorhanden sei. Er denke dabei nicht an Betriebsferien oder an eine vorübergehende Schliessung wegen einer Sanierung oder dergleichen. Im Extremfall müsse man aber an der Leine ziehen können und nicht warten müssen,

bis die 60 Jahre abgelaufen seien, sonst würden alle nie mehr dorthin gehen können. Auch die SVP freue sich bereits auf das Einkehren im Fähribeizli.

Beat Schneider führt aus, auch die SP-Fraktion hege viel Gefühl für die Wohlfühloase an der Aare und werde daher auch den drei vorliegenden Anträgen – dem Verkauf, der Übertragung des Landes und der Umsetzung des Beschlusses – zustimmen. Einzig beim Lesen des Zweckartikels der Statuten habe er etwas leer geschluckt. Dort gehe es um das Errichten von Zweigniederlassungen, um die Beteiligung an Unternehmungen im In- und Ausland usw. Dies könnte so gesehen allenfalls nachvollzogen werden, wenn es eben eine FDP-AG werde. Aber hier werde ja nicht über die Statuten abgestimmt.

Peter Kneubühler erklärt, der Zweckartikel der Statuten habe auch in der GPK zu reden bzw. zu schmunzeln gegeben und sie habe diese Frage ebenfalls gestellt. Der Gemeindepräsident habe dann die Auskunft erteilt, dass es sich um eine standardmässige Statutenformulierung handle.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, er verstehe die Argumentation von Beat Schneider, aber es handle sich tatsächlich um eine Standardformulierung. Würden sämtliche Statuten der Aktiengesellschaften in der Schweiz angeschaut, würden vermutlich über 90 % über die gleich lautenden Bestimmungen wie die vorliegenden verfügen. Eine Gründung von Schwestergesellschaften im Ausland stehe also in keiner Art und Weise im Vordergrund. Vielleicht sei dies in 30, 40 oder 50 Jahren anders, aber im Moment sicher nicht. Die Bestimmung müsse einfach zu Wert oder Unwert entgegengenommen werden, sie habe keinerlei Bedeutung und schon gar keine Hintergedanken.

Was die Anregung von Markus Bärtschi bezüglich Präzisierung von Sinn und Zweck der Fähribeizli AG im Baurechtsvertrag anbelange – das Bijou an der Aare für die Bevölkerung weiter zu betreiben, sanft zu unterhalten und zu renovieren und nicht irgendwie einen Schickimicki-Betrieb zu machen –, so werde für eine geeignete Formulierung im Baurechtsvertrag geschaut.

Beschluss (einstimmig)

1. Das Fähribeizli (Muri-Gbbl. Nr. BR 575) wird der Fähribeizli AG zum Preis von CHF 300'000.00 (inklusive Grossinventar) verkauft.
2. Das Land (entsprechend der ehemaligen Baurechtsparzelle Muri-Gbbl. Nr. 575) wird der Fähribeizli AG im Baurecht übertragen. Der Baurechtszins beträgt CHF 10'000.00 pro Jahr mit Indexierung. Der Vertrag wird auf 60 Jahre abgeschlossen. Die Heimfallentschädigung beträgt 80 % des Verkehrswerts.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses, namentlich dem Abschluss des Baurechtsvertrages, beauftragt.

9 Liegenschaft Walchstrasse 60 / 60 a, Gümligen; Desinvestition

Yong Brügger führt als Sprecher der GPK aus, die GPK habe den Fall eingehend diskutiert. Das Verfahren des Gemeinderats sei transparent und die Vorgehensweise bis jetzt korrekt. Die GPK verstehe die Gedanken des Gemeinderats in der Botschaft gut und möchte sich gefühlsmässig auch gerne anschliessen. Aber jeder Gemeindegänger habe das gleiche Recht und Privileg. Ohne öffentliche Ausschreibung des Geschäfts habe der Gemeinderat diesen Grundsatz nicht respektiert. Das Geschäftsprüfungsorgan der Gemeinde könne nicht nach Gefühlen arbeiten und den Gemeinderat ermutigen, einen einzelnen Gemeindegänger zu privilegieren. Dies verletze die Prinzipien und gefährde die Arbeit beider Seiten in Zukunft. Deshalb

könne oder wolle die GPK in diesem Fall keine Empfehlung abgeben. Der GGR könne sich einmal mehr ohne Empfehlung der GPK selber entscheiden.

Hans-Rudolf Saxer erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, bei der Liegenschaft Walchstrasse handle es sich – wie der Botschaft zu entnehmen sei – um ein klassisches Desinvestitionsobjekt. Es erfülle sämtliche vor einigen Jahren festgelegten Kriterien zu 100 % und deshalb sei der Gemeinderat der Meinung, die Vornahme dieser Desinvestition mache Sinn. Es stelle sich natürlich auch immer die Frage, zu welchem Zeitpunkt eine Desinvestition sinnvoll sei. Auch diesbezüglich könne gesagt werden, heute sei genau der richtige Moment. Wieso? Von den drei Wohnungen stehe seit rund einem halben Jahr eine leer, die ein dort wohnhaft gewesenes älteres Ehepaar habe verlassen müssen. Der Sanierungsbedarf bei dieser Wohnung wäre sehr hoch. Wenn das Haus bei der Gemeinde verbleiben würde, müsste viel Geld für eine Sanierung aufgewendet werden, damit die Wohnung wieder ausgeschrieben werden könnte. Die Gemeinde habe – wie beim Thema Jahresrechnung 2010 unter Traktandum 4 bereits diskutiert – nur beschränkte finanzielle Mittel zur Verfügung und der Gemeinderat sei der Meinung, diese sollten in diejenigen Objekte investiert werden, die

- a) sich im Verwaltungsvermögen befinden
- b) sich im Finanzvermögen befinden und die man längerfristig im Portfolio behalten wolle.

Es sei also nicht nur sinnvoll zu desinvestieren, sondern auch, dies eben heute zu tun.

Der Botschaft könne entnommen werden – und mit der Käuferschaft sei ein entsprechender Vorvertrag abgeschlossen worden –, dass jegliche Spekulation mit dem Gebäude verunmöglicht werde. Dies sei im Wesentlichen durch zwei Massnahmen erfolgt:

1. Das Grundstück verbleibe in der Landwirtschaftszone. Damit würden künftige Veränderungen an der Liegenschaft massiv eingeschränkt. Innen sei bei entsprechendem finanziellem Aufwand fast alles möglich, aussen aber nur sehr marginale Änderungen.
2. Als weitere Sicherung werde ein Gewinnbeteiligungsrecht der Gemeinde für die nächsten 20 Jahre stipuliert.

Man sei aber noch weiter gegangen – und damit sei auch ersichtlich, dass das Geschäft im Gemeinderat wiederholt und sehr seriös diskutiert worden sei –, indem der südliche Teil der Parzelle, ein potenziell sehr wertvoller Trockenstandort, abparzelliert werde. Damit könne sichergestellt werden, dass dieser Bereich auch künftig im Eigentum der Gemeinde bleibe und das ins Auge gefasste Projekt dort weiterentwickelt werden könne. Ebenfalls sichergestellt werde, dass der am südwestlichen Rand der Parzelle gelegene öffentliche Trampelpfad als Dienstbarkeit (öffentliches Fusswegrecht) im Grundbuch eingetragen werde.

Dies seien die für dieses Geschäft vorgesehenen Sicherungen und Rahmenbedingungen. Er komme nun zu dem von Yong Brügger als GPK-Sprecher thematisierten Umstand, dass dieses Grundstück entgegen der bisherigen Praxis in ähnlichen Fällen nicht öffentlich ausgeschrieben worden sei. Es handle sich dabei nicht um eine Unterlassung, sondern um einen bewussten Entscheid des Gemeinderats. Er möchte das Haus der jungen Familien mit den zwei kleinen Kindern, die seit rund 6 Jahren dort wohnhaft sei, zu Eigentum übertragen. Weshalb? In diesem Saal sei in den letzten paar Jahren schon verschiedentlich beklagt worden und es gehe auch etwa aus Mitwirkungseingaben oder parlamentarischen Vorstössen hervor, dass es in unserer Gemeinde für eine Mittelstandsfamilie mit kleinen Kindern beinahe nicht möglich sei, eine vernünftige Wohnung, geschweige denn ein Einfamilienhaus zu finden. Dies sei tatsächlich sehr schwierig, weshalb sich der Gemeinderat ganz bewusst dazu entschieden habe, an diesem konkreten Beispiel ein konkretes Zeichen

zu setzen. Er wolle und könne dies hier ermöglichen, da dieses Haus der Gemeinde gehöre. Daher sei es logisch gewesen, auf eine öffentliche Ausschreibung zu verzichten. Bei einer solchen müsste die Liegenschaft dem Meistbietenden verkauft werden. Wäre dies dann zum Beispiel jemand mit dem Motto "double income no kids", würde es heissen: "Typisch Muri, man wollte wieder das Maximum herausholen und jetzt bekommt ein Doppelverdienerehepaar ohne Kinder dieses Haus". Dies habe der Gemeinderat in diesem Fall ganz bewusst nicht so machen wollen und deshalb auf eine Ausschreibung verzichtet. Wichtig zu erwähnen sei, dass das Grundstück ja nicht verschenkt werde. Man habe durch einen externen Immobilienfachmann eine Schätzung erstellen lassen. Dieser habe den Wert des Grundstücks nach allen Regeln der Kunst ermittelt und im gestellten Verkaufsantrag sei genau dieser Wert enthalten. Es sei absolut möglich, dass bei einer öffentlichen Ausschreibung jemand mehr geboten hätte, der Gemeinderat habe aber aus den genannten Gründen explizit darauf verzichtet. Der Einwand des GPK-Sprechers, ob nicht einfach eine von vielen Familien bevorzugt behandelt werde, müsse durchaus ernst genommen werden. Auf den ersten Blick möge dies vielleicht so aussehen. Auf den zweiten Blick müsse gesagt werden, dass die Gemeinde Muri in den letzten 40 Jahren x Grundstücke im Baurecht zu günstigen Konditionen abgegeben habe, damit preisgünstiger Wohnungsbau habe betrieben werden können oder damit sich Familien mit Kindern hätten ansiedeln können. So habe die Gemeinde beispielsweise im Haldenquartier viel Land im Baurecht abgegeben, auf welchem heute Einfamilienhäuser stehen würden. Noch wesentlich mehr aber im Perimeter Füllerichstrasse / Moosstrasse, wo viele Baurechtsverträge bestehen würden, welche zu einem schönen Teil mit Wohnbaugenossenschaften abgeschlossen worden seien. Dort sei man auch nicht an die Marktlimiten gegangen und habe auch nicht so viel herausgeholt. In unserer Gemeinde gebe es also sehr viele Familien und Personen, welche auf einem Grundstück der Gemeinde – normalerweise via Baurechtsvertrag – zu günstigeren Konditionen wohnen könnten, als dies vielleicht an anderen Orten der Fall wäre. Dies einfach deshalb, weil man sage, das sozialpolitische Ziel sei eine gewisse gesunde Durchmischung der Bevölkerung. Es sei ihm sehr wichtig, dies hier festzuhalten. Es handle sich nicht um etwas, was in andern Gemeinden noch nie passiert wäre. Es sei auch in andern Gemeinden so, dass man mit einer gewissen Regelmässigkeit aus sozialpolitischen Gründen aus einem Grundstück nicht das maximal Mögliche heraushole. Aus all diesen Gründen beantrage er im Namen des Gemeinderats, den Anträgen zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Beat Wegmüller führt aus, die SP-Fraktion habe sich intensiv und kritisch mit diesem Geschäft auseinandergesetzt. Sie beantrage die Rückweisung des Geschäfts an den Gemeinderat. Auch die Ausführungen des Gemeindepräsidenten hätten ihn und die Fraktion nicht überzeugt. Grundsätzlich stimme die SP der Desinvestition zu, sei hingegen mit der Abwicklung des Geschäfts mit dem Gemeinderat nicht einverstanden. Es stelle sich die Frage, ob er eigentlich aus der Situation Verkauf Hargarten nichts gelernt habe. Die SP verlange eine öffentliche Ausschreibung mit Angebot, mit den gleichen Verkaufsbedingungen und evtl. Festsetzung eines Minimalbetrags sowie der Bedingung, dass es nur für den Eigengebrauch genutzt werden könne. Die Fraktion habe nichts gegen die Familie, welche jetzt in dieser Liegenschaft wohne, sie möge ihr den Kauf gönnen. Es sei nicht einfach, wenn man ein Haus bewohne, welches verkauft werden solle. Er könne dies selber gut nachvollziehen, habe er doch vor seinem Zuzug nach Gümligen auch in einem Haus gewohnt, welche hätte verkauft werden sollen. Es sei damals auch eine Preisfrage gewesen und er habe sich dann für Gümligen entschieden.

Noch ein Wort zur Schätzung der Liegenschaft: Gemäss Botschaft datiere die Verkehrswertschätzung aus dem Jahr 2007. Heute seien wir vier Jahre später. Im

Weiteren wäre es üblich und angebracht, bei einem derartigen Verkauf über zwei unabhängige Verkehrswertschätzungen zu verfügen. Die SP sei der Meinung, es sei richtig, sich der Familie gegenüber, die diese Liegenschaft bewohne, fair zu verhalten. Sie verlange aber, dass sich die Gemeinde gegenüber den Steuerzahlenden auch fair verhalte. Er sei ganz gerührt vom sozialen Engagement des Gemeinderats. Er hoffe, dass bei anderen Projekten, wo es um grosse Wohnungen gehe oder bei anderen sozialen Projekten, wo es um Wohnbaugenossenschaften gehe, der Gemeinderat auch ein so gutes soziales Empfinden habe, wie im vorliegenden Einzelfall. Die SP beantrage Rückweisung des Geschäfts mit der Auflage einer breiten öffentlichen Ausschreibung. Er bitte den Rat, diesem Antrag zuzustimmen.

Marina Graham erklärt, die forum-Fraktion begrüsse die Desinvestition an der Walchstrasse 60 / 60a. Mit dem Verkauf der Liegenschaft an eine Familie, die schon seit fast 7 Jahren in Gümligen wohne, setze die Gemeinde ein positives Zeichen. Der Verkaufspreis sei seriös ermittelt worden und der Verkauf selbst sei mit Auflagen verbunden, die jede mögliche Spekulation ausschliessen würden. Zudem betrachte das forum das Geschäft als Ausgleich zum etwas unglücklich gehandhabten Geschäft im Hargarten. Dort habe das Parlament das Bauland eigentlich an Familien abgeben wollen. Es sei dann aber seitens der Gemeinde an ein Bauunternehmen verkauft worden; dies ohne jegliche Vorgaben Familien betreffend. Somit berichtige das Geschäft Walchstrasse dies wieder.

Andrea Corti führt aus, die FDP/jf-Fraktion begrüsse die vorgeschlagene Desinvestition, und zwar u.a. aus folgenden Gründen: Der Verkauf erfolge – wie schon gehört – zum Verkehrswert und es sei ein Gewinnbeteiligungsrecht der Gemeinde vorgesehen. Eine Ausschreibung hätte keinen wesentlich höheren Verkaufspreis erbracht, da das Gebäude, ein ehemaliges Bauernhaus, sich in der Landwirtschaftszone befinde, renovationsbedürftig sei, nicht abgerissen und nur innen umgebaut werden könne. Seit den 70er Jahren habe die Gemeinde Muri mittels günstigen Baurechtszinsen auf Gemeindeboden für günstigen Wohnraum gesorgt. Da die Liegenschaft renovationsbedürftig sei und der Renovationsaufwand in einem schlechten Verhältnis zum Baurechtszins stehe, sei es sinnvoll, die Liegenschaft jetzt zu verkaufen. Mit dem Verkauf der Liegenschaft zum Verkehrswert könne weiterhin günstiger Wohnraum erhalten bleiben. Wie vom Gemeindepräsidenten erwähnt und in der Botschaft festgehalten, werde ein Streifen abparzelliert, um den Standort bezüglich Magerwiese weiterentwickeln zu können. Das Projekt habe also auch eine ökologische Komponente. Der Rückweisungsantrag der SP, wonach sie eine öffentliche Ausschreibung für den "best price" verlange, erstaune ihn sehr. Er sei überzeugt davon, dass – wenn der Gemeinderat dies gemacht hätte – die Kritik laut geworden wäre, die Liegenschaft werde nun zum besten Preis verkauft und jungen Familien mit Kindern würde nicht ermöglicht, weiterhin günstig wohnen zu können. Deshalb schliesse sich die FDP/jf-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats an.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Yong Brügger als Sprecher der GPK als auch Hans-Rudolf Saxer als gemeinderätlicher Sprecher verzichten auf ein Schlusswort.

Rückweisungsantrag SP-Fraktion

Beschluss

Der Rückweisungsantrag der SP-Fraktion wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Beschluss (28 Ja / 6 Nein / 3 Enthaltungen)

1. Die Parzelle Muri Gbbl. Nr. 2250 im Halt von neu rund 1'850 m² wird zum Preis von CHF 1 Mio. an Frau und Herrn Franziska und Urs Heimann, Gümligen, verkauft. Es gelten die Verkaufsbedingungen gemäss Ziffer 3 der gemeinderätlichen Botschaft.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Geschäfts beauftragt, namentlich mit dem Abschluss des Kaufvertrags.

Der Vorsitzende wünscht der im Saal anwesenden Familie Heimann viel Zufriedenheit als zukünftige Eigentümerin dieser Liegenschaft.

10 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2010; Abrechnung

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über den Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt der Gemeindestrassen im Jahr 2010 wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Rahmenkredit von CHF 500'000.00 mit CHF 498'581.05 ab (Kreditunterschreitung von CHF 1'418.95).

11 Motion FDP/jf und SVP betreffend Schulraumplanung; Zwischenbericht

Der Vorsitzende erklärt, wie er bereits in der Januar-Sitzung ausgeführt habe, würden die Geschäfte, welche die Schulraumplanung betreffen, grundsätzlich durch den ersten Vizepräsidenten des GGR geführt. Er übergebe daher die Leitung für die Geschäfte 11 und 12 an Beat Marti.

Der 1. Vizepräsident orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, die Schulraumplanung sei in vollem Gang. Sie könnte nun lustvoll aus dem Nähkistchen plaudern, werde dies aber selbstverständlich hier unterlassen. Sie könne ergänzend zum vorliegenden Zwischenbericht ausführen, dass seitens der Reflecta sehr interessante Ansätze eingegangen seien. Rückblickend könne a posteriori gesagt werden, dass die durch das Parlament erhobene politische Forderung sehr berechtigt gewesen sei, gerade weil jetzt die Vielfalt an Variantenmöglichkeiten ersichtlich sei. Sie könne etwas Kleines vorwegnehmen: Muri weise heute eine Schülerzahl von rund 1'060 aus, was ca. 8,5 % der Bevölkerung ausmache. Der Schnitt der Schüler proportional zur Bevölkerung liege im Kanton Bern bei ca. 10 %. Die Reflecta AG gelange zum Schluss, dass in Muri ein Aufwärtstrend auszumachen und per 2016 von ca. 1'100 Schülern auszugehen sei, was knapp 9 % der Bevölkerung entspräche, im Quervergleich im Kanton Bern aber immer noch unterdurchschnittlich wäre. Dies werfe natürlich Themen- und Problemfelder auf und man werde sehen, wohin das führe. Es handle sich in der Gemeinde Muri um ein sehr emotionales Gebiet. Sie denke, dass dies daran liege,

dass wir über Fachleute mit einem sehr hohen Engagement und ebenso hohen Erwartungen an die Schulraumplanung verfügten. Es sei eigentlich schön zu sehen, mit wie viel Herzblut sich die Fachleute der Sache annehmen und was sie alles daran setzen würden, damit schliesslich eine gute Schulraumplanung vorliege. Es handle sich für die Reflecta AG selbstverständlich um ein Spannungsfeld, mit derartigen Erwartungen umgehen zu können. Sie könne im Überblick darlegen, was bis anhin erfolgt sei: Es sei ein Fachausschuss, bestehend aus den Schulleitungen, dem Ressortvorsteher Bau und ihr, eingesetzt und ein erweitertes Kernteam mit Susanne Zwicky, Schulleitung, und einer delegierten Person aus der Schulkommission gebildet worden. Die Reflecta AG habe sämtliche Schulliegenschaften besichtigt, selbstverständlich unter Einbindung der Schulleitungen. Sie habe eine Ist-Analyse erstellt, welche auch den Investitionsbedarf an den Liegenschaften umfasse. Anschliessend habe sie ein "Soll" – Schulraumbedarf in Zukunft und mögliche Szenarien – erarbeitet. Reflecta habe dieses "Soll" dem Kernteam des Fachausschusses präsentiert, welches dieses diskutiert und die aus Sicht des Fachausschusses möglichen Szenarien bewertet habe. Reflecta AG werde eine Auswertungsanalyse erstellen. Die Präsentation im Gemeinderat erfolge am 20. Juni 2011. Es sei ein sportlicher Zeitplan und es dürften alle gespannt sein auf die Resultate, welche dem Rat im Herbst vorgelegt würden.

Adrian Kauth (FDP/jf) bedankt sich beim Gemeinderat für den Zwischenbericht. Man sei sehr gespannt auf die Ergebnisse im Herbst. Er möchte sagen: "Geniessen wir noch die Zeit, bevor der Sturm los geht".

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zur Motion FDP/jf und SVP betr. Schulraumplanung wird Kenntnis genommen.

12 Motion Gautschi (forum): Erweiterung des Auftrags "Studie Schulraumplanung" unter 1. Einbezug der Turnhalle, 2. Berücksichtigung des anstehenden Investitionsbedarfs der Schulgebäude und 3. Erarbeiten einer Variante "Beibehaltung der Kindergärten"

Der 1. Vizepräsident orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, angesichts der umfassenden Stellungnahme des Gemeinderats in der vorliegenden Botschaft habe sie keine weiteren Ausführungen mehr anzubringen.

Stefan Gautschi (forum) führt aus, die Motion basiere auf der Bitte an den Gemeinderat, den Auftrag Schulraumplanung um 3 wichtige Lücken zu schliessen. Die Motion solle nun als Postulat überwiesen und abgeschrieben werden. Das forum bedaure diesen Entscheid, werde ihn jedoch akzeptieren. Mit der Motion habe man dem Gemeinderat im Vorfeld der Schulraumplanung die Chance geben wollen, sich zu den aufgeführten Brennpunkten zu äussern. Er erlaube sich einen kurzen Kommentar zu den einzelnen Punkten: Erstens seien die Motionäre froh, dass der erste Punkt – die Berücksichtigung der Turnhallen – in die Schulraumplanung integriert werde. Zweitens sei es schade, dass der zweite Punkt – die Prüfung eines Neubaus des Schulhauses Moos – nicht als ernsthafte Option betrachtet werde. 1974 sei das Schulhaus für CHF 15,9 Mio. gebaut worden. Nur 18 Jahre später, 1993, hätten CHF 12,3 Mio. für die Sanierung eingesetzt werden müssen. Dies entspreche fast der

Summe für einen Neubau. Es erstaune, wie dieses Vorgehen finanzpolitisch möglich gewesen sei. Parallel dazu stimme die Qualität der ersten Bausubstanz nachdenklich. Heute seien wiederum 18 Jahre vergangen und eigentlich müsste nach dieser Sanierungsperiode wieder ein Betrag von CHF 13-14 Mio. bereit stehen und schon mitten im Umbau stecken. Tatsächlich werde auch schon scheibenweise ins Moos investiert. Als vor zwei Jahren die CHF 2 Mio. für den Brandschutz bewilligt worden seien, habe man im Parlament damit begonnen, das Schulhaus Moos als Fass ohne Boden zu benennen. Tatsächlich stelle sich die Frage, wie die Werterhaltung in den nächsten 20 Jahren aussehen werde und ob es nicht sinnvoll wäre, einen klaren Schlussstrich unter diese Sanierungsgeschichte zu setzen. Jetzt hätten wir eine Planungsstudie, welche diesen Vergleich unverblümt ausrechnen könnte. Es werde keine Machbarkeitsstudie oder ein Ideenwettbewerb verlangt. Er sei überzeugt, dass es der Reflecta gelinge, mit den heutigen Kennzahlen einen Schulhausneubau den erforderlichen Sanierungskosten gegenüberzustellen.

In der Diskussion zum Thema Wärmeverbund habe der Gemeinderat kürzlich zu Recht darauf hingewiesen, dass neue Gebäude wie CS oder Überbauung Turbenweg kaum einen Bedarf an Wärmeenergie hätten, da diese so gut gebaut und energetisch fast autark seien. Ein Neubau Moos mit einem energetisch besseren Konzept oder auch besseren Materialien wäre allenfalls ökologisch sinnvoll. Fast jedes sanierungsbedürftige ältere Haus werde heute abgerissen und neu erstellt. Was spreche denn so dagegen, dass dies auch für ein Schulhaus zumindest überprüft werde?

Der letzte Punkt seiner Motion, die Prüfung des Weiterbetriebs der Kindergärten, sei bewusst als heikles und emotionales Thema aufgegriffen worden. Er sei sehr froh, dass die Geschichte und die Motivation für die Aufhebung der letzten Quartier-Kindergärten in der Antwort aufgeführt worden seien. Die Schulkommission und der Gemeinderat hätten diesen Schritt aus pädagogischen Gründen und aufgrund der Entwicklung der Volksschule beschlossen. Seitens der Bevölkerung habe er vernommen, dass diese Meinung nicht von allen geteilt werde und als Volksvertreter habe er deshalb den Quartierverein Melchenbühl um seine Haltung gebeten. Die Mehrheit des Vorstands sei gegen eine Schliessung. Man sei aufgrund der Altersstruktur im Melchenbühl überzeugt, dass in den nächsten 10 Jahren eine Verjüngung stattfinden und man sei zuversichtlich, dass die Kinderzahl wieder anwachsen werde. Die charmanten Kindergärten Melchenbühl und Thoracker würden einen nicht unbedeutenden Anteil an Lebensqualität im Quartier bilden. Gerade mit einem identitätsstiftenden Kindergarten hoffe man, zukünftig Familien anlocken zu können. Nicht alle Eltern von 4-5 Jährigen möchten ihre Kinder in einem Schulumfeld sehen und seien dankbar für den geschützten Raum im familiären Quartier. Die fehlende bisherige Integration sei im Vergleich zu vielen anderen Problemen des Quartiers noch nie bemängelt worden. Für die Schulraumplanung bleibe ihm zu plädieren, bei der Projektierung der Integration der Kindergärten ein gutes und kinderfreundliches Konzept auszuarbeiten. Auch nach dem Abschlussbericht sollte doch noch einmal darüber nachgedacht werden, ob die Zeit für die Integration reif sei. Es wäre schade, einzelne Bevölkerungsteile zu enttäuschen, die dann als Reflex für die geplanten Desinvestitionen der Kindergärten mit einer Ablehnung die Ortsplanungsrevision verhindern könnten.

Der 1. Vizepräsident erkundigt sich, ob Stefan Gautschi mit der Umwandlung seiner Motion in ein Postulat einverstanden sei, was dieser bejaht.

Markus Bärtschi führt aus, die SVP-Fraktion sage ja zur Überweisung, aber nein zur Abschreibung. Weshalb? Bezüglich Punkt 1 und 3 könne sie sich den Ausführungen des Gemeinderats anschliessen. Hingegen sei die zu Punkt 2 abgegebene Antwort aus ihrer Sicht absolut nicht akzeptabel. Er zitiere (wobei er die Schachtelsätze etwas verkürzt habe): "Die Variante eines Neubaus steht nicht zur Diskussion. Es ist nicht

angezeigt, über den Abbruch zu diskutieren." Hier müsse sich das Parlament wehren. Denkverbot, Diskussionsverweigerung durch den Gemeinderat würden unabhängig der Frage, um die es konkret gehe, nicht in Frage kommen. Der Gemeinderat werde sich wohl oder übel dazu bequemen müssen, mit dem Rat auch ihm missliebige Fragen zu diskutieren, falls dies beschlossen werden sollte. In der Sache selbst wecke gerade die ungewöhnliche Reaktion Zweifel an der Richtigkeit dieser Position. Es gehe ja hier nicht um ein religiöses Glaubensbekenntnis, nicht um ein Dogma, sondern um eine durchaus sachliche und sachlich zu beantwortende Frage. Die verweigerte Stellungnahme sei aus Sicht der SVP vom Gemeinderat nachzuliefern. Der Weg dazu werde bereitet, indem der Vorstoss noch nicht abgeschrieben werde. Dafür – in welcher Form und in welcher Tiefe man den Sachverhalt abklären wolle – gebe es ganz sicher mehr als einen möglichen Weg. Der Gemeinderat könne dem Parlament gerne auch Varianten unterbreiten, wenn er dies möchte. Es sei möglich, dass das Parlament die Frage nachher nicht vertieft abklären wolle. Es sei sogar möglich, dass es nicht einmal darüber diskutieren wolle; aber im Gegensatz zum Gemeinderat sei dies sein gutes Recht.

Ruth Raaflaub erklärt, die FDP/jf-Fraktion betrachte die gemeinderätliche Stellungnahme durchaus nicht als Denkverbot, sondern sie attestiere dem Gemeinderat selbständiges Denken. Deshalb sei ihr Votum anders. Sie habe gerade vom Zwischenbericht zum Vorstoss der FDP/jf und der SVP betreffend Schulraumplanung Kenntnis genommen und sei der Meinung, dieser sei im Moment ausreichend. Die FDP/jf-Fraktion sei der Ansicht – nachdem am 19. Januar 2010, also vor nicht allzu langer Zeit, diese Motion eingereicht worden sei –, dass nicht schon wieder ein neuer Vorstoss gemacht werden sollte. Sonst würden am Schluss tonnenweise Vorstösse vorliegen, die ihrerseits wiederum Vorstösse nach sich ziehen würden. Aus diesem Grund möchte sie nicht darauf eingehen – nicht inhaltlich, dies habe sie klar kommuniziert, dazu wolle sie sich gar nicht äussern – und die Motion grundsätzlich ablehnen. Es gebe einerseits die Möglichkeit, auf die Antwort des Gemeinderats zum andern Vorstoss zu warten. Andererseits bestehe ja auch stets die Möglichkeit, sich bei den zuständigen Gemeindeangestellten oder bei der zuständigen Gemeinderätin – welche vorher selber gesagt habe, sie würde vielleicht lustvoll Auskunft geben – informieren zu lassen. Die FDP/jf-Fraktion beantrage deshalb, die Überweisung der Motion Gautschi abzulehnen.

Urs Grütter (SVP) erklärt, er komme zurück auf den von Markus Bärtschi gerügten Absatz 2 von Ziffer 2 auf Seite 3 der Botschaft. Es würden Denkanstösse der Reflecta in einem verwandten Geschäft gerühmt, wahrscheinlich weil diese bestellt seien und teuer bezahlt würden. Denkanstösse aus dem Parlament seien nicht erwünscht. Dies sei aus seiner Sicht eine flagrante Verletzung der Würde des Parlaments und könne nicht toleriert werden. Derartige Sätze möchte er nie mehr lesen müssen. Der Gemeinderat habe dem Grossen Gemeinderat keine Vorschriften zu machen, sondern umgekehrt. Der Gemeinderat habe den Grossen Gemeinderat auch nicht zu belehren, sondern höchstens zu informieren.

Daniela Pedinelli führt aus, Stefan Gautschi habe zwei Sachen bedauert, nämlich die in der gemeinderätlichen Stellungnahme auf diese Art abgewinkelte Prüfung eines Neubaus der Schulanlage Moos sowie, dass bezüglich Kindergärten an der ursprünglichen Auffassung festgehalten werde, wonach bei sanierungsbedürftigen Kindergärten der Weg der Integration in die Schulen verfolgt werde. Sie könne abschliessend zu den verschiedenen gehörten Ausführungen sagen, dass insofern ein Missverständnis vorliege, als der Gemeinderat die Motion Gautschi als Postulat überweisen und in dem Sinn abschreiben wolle, als die Reflecta AG selbstverständlich den Auftrag habe und umfassend denke. Der Gemeinderat habe vielleicht etwas vorweggenommen, was nach gesundem Menschenverstand und aus seiner Sicht eine wenig wahrscheinliche Lösung sei. Es zeichne sich ab, dass ein Abbruch

und Neubau der Schulanlage Moos auch aus ökologischer und ökonomischer Sicht ein nicht idealer Weg wäre. Sie möchte die gemeinderätliche Antwort so verstanden wissen, dass selbstverständlich jegliche Varianten durch die Reflecta AG in Betracht gezogen werden dürften und auch gezogen würden. Dem Rat werde – Urs Grütter habe völlig Recht, der Grosse Gemeinderat sei die obere Instanz – jegliche Diskussion offen stehen im Moment, wo die Schulraumplanung präsentiert werde. In diesem Sinn wolle sie die missverständlichen Ausführungen in der Botschaft relativieren.

Stefan Gautschi (forum) bedankt sich für die Ausführungen. Er sei einverstanden mit einer Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat, aber nicht mit der Abschreibung.

Beschluss

1. Das Postulat Gautschi (forum) betr. Erweiterung des Auftrags "Studie Schulraumplanung" unter 1. Einbezug der Turnhallen, 2. Berücksichtigung des anstehenden Investitionsbedarfs der Schulgebäude und 3. Erarbeiten einer Variante "Beibehaltung der Kindergärten" wird überwiesen (22 Ja / 14 Nein / 1 Enthaltung).
2. Der Rat spricht sich mit 23 gegen 5 Stimmen (9 Enthaltungen) gegen die Abschreibung des Postulats aus.

13 Motion Wegmüller (SP) betr. Einrichten eines Velo-/Fussgängerwegs zwischen Muribad und Auguetbrücke

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er danke dem Motionär für seinen Vorstoss. Nicht weil er den Gemeinderat und die Verwaltung mit Arbeit eingedeckt habe – das gehöre zum Job –, sondern weil er auf zwei Problembereiche innerhalb der "Freizeit- und Erholungszone Aare", welche im Perimeter unserer Gemeinde liege, aufmerksam gemacht habe. Dem Gemeinderat seien diese bekannt und er habe darüber bereits in der Vergangenheit Überlegungen angestellt und Lösungsmöglichkeiten geprüft. Was er aber noch nicht gemacht habe, sei beim Punkt der Verbindung Auguetbrücke ins Halenquartier die Aufnahme der konkreten Planung. Wie in der gemeinderätlichen Antwort zu lesen sei, seien bereits Aufträge erteilt worden und im Investitionsplan 2012 solle ein entsprechender Kredit von mindestens CHF 100'000.00 eingestellt werden. Hier werde es also mit der Planung zügig vorwärts gehen. Er wage bereits hier und jetzt sagen zu können, dass dem Anliegen innerhalb relativ kurzer Zeit entsprochen werden könne. Was den zweiten Punkt der Motion betreffe, so sei dieser doch wesentlich komplexer und müsse in einem grösseren Zusammenhang gesehen werden. Nur eine gemeindeübergreifende Lösung sei wirklich eine gute und eine sinnvolle. Die gemeinderätliche Antwort weise auf diese Problematik hin, mehr als das gebe es im Moment nicht dazu zu sagen. Ein letztes Wort trotzdem dazu: Mit Verständnis und Rücksichtnahme aller Nutzer dieses äusserst schönen Aareabschnittes wäre nach ihm bereits heute ein gemeinsames Neben- und Miteinander möglich. Er möchte hier ausdrücklich festhalten, dass er damit niemanden aufgefordert habe, das Velo nicht zu schieben.

Beat Wegmüller (SP) erklärt vorab, er sei mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden. Er danke dem Gemeinderat für die rasche Beantwortung und freue sich schon, nächstes Jahr die neue Veloverbindung benutzen zu können. Etwas mehr Mühe habe er mit der gemeinderätlichen Begründung zur Veloverbindung vom Muribad zur Auguetbrücke. Selbstverständlich gebe es Interessens- und Zielkonflikte zwischen Naturschutz, Velofahrern, Fussgängern und weiteren Benutzern des öffent-

lichen Raums. Aber auch das Fähribezli – über welches vorher abgestimmt worden sei – befinde sich in einem Auenschutzgebiet, und da spreche niemand von Interessenskonflikten. Der Gemeinderat verstecke sich hinter einer globalisierten überregionalen Lösung. Es wäre wünschenswert, dass sich der Gemeinderat innerhalb der Gemeinde für eine klare Velo-Strategie einsetzen würde. Ein durchgehender Veloweg direkt entlang der Aare von Bern nach Thun werde es wahrscheinlich nie geben und sei vermutlich auch nicht sinnvoll. Teillösungen seien gefragt und er möchte drei Beispiele erwähnen, wo ein gemischter Velo-Fussgängerverkehr stattfinde, auch als Teillösung:

- Am rechten Wohlenseeufer gebe es einen wunderbaren Weg, welcher von Velofahrern und Fussgängern gemeinsam benutzt werden könne. Nota bene handle es sich dort noch um eine nationale Veloroute.
- Vom Helvetiaplatz bis zum Thunplatz in der Stadt Bern könne das Trottoir sowohl von Fussgängern wie von Velofahrern benutzt werden. Dort habe es zahlreiche Geschäfts- und Hauseingänge, trotzdem sei ein gemischter Velo-Fussgängerverkehr möglich.
- Im Dählhölzliwald gebe es gegenüber dem Tennisplatz Rotweiss ein ganz schmaler Weg, wo Fussgänger und Velofahrer gemeinsam verkehren könnten, und das erst noch im Gegenverkehr. Es sei auch ein Schulweg ins Gymnasium Kirchenfeld und in andere Schulen.

Es gebe also derartige Lösungen und es störe sich niemand daran, dass man nicht in der ganzen Stadt auf dem Trottoir Velo fahren könne, sondern dies eben nur teilweise möglich sei. In diesem Sinne möchte er den Gemeinderat auffordern, auch nach Teillösungen zu suchen. Was in Bern möglich sei – ein gemischter Velo- und Fussgängerverkehr – sollte doch wohl auch in Muri möglich sein.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Christian Staub verzichtet auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Wegmüller (SP) betr. Einrichten eines Velo-/Fussgängerwegs zwischen Muribad und Auguetbrücke wird überwiesen.

14 Motion SP-Fraktion betr. Tempo 40 auf der Thunstrasse zwischen der Abzweigung Mettlengässli und der Mündung Thunstrasse-Kräyigenweg

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, es sei unbestritten, dass dieser Strassenabschnitt der Thunstrasse der heikelste sei. Es sei aber genauso unbestritten, dass der Verkehr während der Hauptverkehrszeiten eigentlich sehr gemässigt und gesittet ablaufe. Diese Beobachtung habe nicht nur er gemacht, sondern sie werde auch seitens der Polizei und des Tiefbauamtes des Kantons Bern bestätigt. Massnahmen zur weiteren Erhöhung der Sicherheit, wie die Reduktion auf Tempo 40, seien kein Garant dafür, dass es keine Unfälle mehr geben werde. Einverstanden, es wäre möglicherweise ein taugliches Mittel, wenn es offensichtlich in letzter Zeit viele und schwere Ereignisse gegeben hätte. Gott sei Dank treffe dies aber hier nicht zu. Die "Selbstregulierung" auf diesem Streckenabschnitt als Folge der diversen Lichtsignalanlagen, der Strassenkreuzung des blauen Bähnli's und des Busses, des Kreisels und des Engrnisses entlang der Kirchenmauer zwingt alle Verkehrsteilnehmer fast automatisch zu vermehrter Achtsamkeit, zu angepasstem Fahren und zur Rücksichtnahme gegenüber allen Nutzern dieses Strassenabschnitts. Zuständig für die Thunstrasse sei der Kanton. Der Oberingenieurkreis II sei vom

Gemeinderat eingeladen worden, das mit der Motion geforderte Anliegen der Temporeduktion zu prüfen. Nach Vorliegen der Antwort werde selbstverständlich darüber berichtet.

Suzanne Fankhauser (SP) führt aus, die SP sei sehr zufrieden mit der vorliegenden Antwort. Natürlich sei damit die Gefahrenzone nicht gebannt, es könne aber festgestellt werden, dass in diesem Zusammenhang überall hohe Aufmerksamkeit herrsche. Insbesondere freue sie der Satz: "In diesem Sinn befürwortet der Gemeinderat die Prüfung des Anliegens durch den Kanton". Dies vermittle Zuversicht, dass die Ernsthaftigkeit dieses Verkehrsanliegens weiterhin verfolgt werde. In diesem Sinn stimme die SP-Fraktion der Überweisung des Vorstosses als Postulat zu.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Christian Staub verzichtet auf ein Schlusswort.

Beschluss (30 Ja / 7 Nein)

Das Postulat SP-Fraktion betr. Tempo 40 auf der Thunstrasse zwischen der Abzweigung Mettlengässli und der Mündung Thunstrasse-Kräyigenweg wird überwiesen.

15 **Motion Wegmüller (SP) betr. Boden- und Wohnbaupolitik in Muri-Gümligen**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, die vorher vorläufig abgeschlossene Diskussion bezüglich Walchstrasse könne hier wieder aufgenommen werden. Er wolle in diesem Zusammenhang noch einmal unterstreichen, dass der Gemeinderat in keiner Art und Weise gegen die Abgabe von Land zu preisgünstigen Bedingungen sei, damit ein vernünftiger Wohnungsbau ermöglicht werde. Nun komme das grosse "Aber": Der Gemeinderat sei der Meinung, dies müsse vor allem auf planerischer Ebene passieren. So habe man einerseits zur Förderung von Familienwohnungen im Wettbewerb Schürmatt, den die Gemeinde hälftig finanziert habe, dafür gesorgt, dass dort primär grössere Wohnungen entstehen. Andererseits – und dort werde es vor allem interessant, da die Gemeinde Eigentümerin des Landes sei – sei die Landparzelle Thoracker beim alten Bauernhaus im Richtplan Raumentwicklung als mögliches Siedlungsentwicklungsgebiet vorgesehen (Massnahme 1 oder 2). Bevor dort die konkrete Planung an die Hand genommen werde, müsse eine politische Debatte darüber geführt werden, ob das Land einer Wohnbaugenossenschaft oder wem auch immer zu beispielsweise relativ günstigen Bedingungen im Baurecht abgegeben werden sollte, mit entsprechenden Auflagen für die Betreibung eines preisgünstigen Wohnungsbaus. Der Gemeinderat stehe dem sehr abgeschlossen gegenüber. Was er aber nicht sehe sei, dass die Gemeinde als Käuferin von Liegenschaften auf dem Markt auftrete. Es seien sehr wenig eingezonte Landstücke in der Gemeinde vorhanden, für welche bei einem Kauf sehr hohe Preise zu bezahlen wären. Um das Land für preisgünstigen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, müsste auf diesen hohen Kaufpreisen eine Abschreibung von x % gemacht werden. Heute sei u.a. andiskutiert worden, was im Rahmen des Voranschlags 2012 auf uns zukomme und es sei auch aus finanzpolitischer Sicht ein sehr ungünstiger Moment, um ein derart grosses Projekt – welches sich über viele Jahre erstrecken müsste – an die Hand zu nehmen. Gestützt auf diese Ausführungen und auf die Erläuterungen in der Botschaft beantrage der Gemeinderat, die Überweisung der Motion abzulehnen.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, er sei von der Antwort des Gemeinderats natürlich enttäuscht. Der Gemeinderat wolle keine nachhaltige und zukunftsgerichtete Politik in Bezug auf den Boden verfolgen. Er könnte sich vielleicht ein Beispiel an anderen Gemeinden nehmen – vielleicht sogar ausserhalb des Kantons Bern –, wo unter bürgerlicher Führung eine aktive Bodenpolitik betrieben werde und spezielle Fonds eingerichtet worden seien. Es sei seiner Meinung nach nicht ausreichend, sich auf planerische Massnahmen zu beschränken, wie der Gemeinderat schreibe. Tatsache sei, dass die Gemeinde sinnvolle Rahmenbedingungen festlegen und viel direkter Einfluss nehmen könne, wenn sie über Boden verfüge. Eine weitere Tatsache sei – Hans-Rudolf Saxer habe vor allem von Wohnungsbau gesprochen –, dass in Muri praktisch kein Land für KMU's zu guten Bedingungen zur Verfügung gestellt werden könne. Er habe selber von einem grösseren KMU-Betrieb eine Anfrage erhalten, habe mit dem Gemeindepräsidenten geschaut, wo Land vorhanden wäre und habe feststellen müssen, dass in der Gemeinde Muri praktisch keine Möglichkeiten vorhanden seien. Dies werde etwas ausgeblendet, es würde auch darum gehen, für KMU's gute Bedingungen zu schaffen. Man könnte einen Fonds schaffen und diesem beispielsweise den Erlös aus dem Verkauf Walchstrasse zuführen. Dies würde dem Gemeinderat auch einen gewissen Handlungsspielraum verschaffen. Bezüglich der Bemerkung, es sei in der Gemeinde praktisch kein Land vorhanden bzw. man müsste dieses teuer erwerben, wolle er entgegen, dass man vielleicht auf 20 oder 30 Jahre hinaus denken und Land erwerben sollte, welches noch nicht eingezont sei. Dies wäre für ihn eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Politik und nicht nur ein kurzfristiges Denken. Da ihm eine aktive Bodenpolitik sehr am Herzen liege, sowohl für das Wohnen wie auch für KMU's, wandle er seine Motion in ein Postulat um und hoffe, dass der Rat der Überweisung zustimme.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet auf ein Schlusswort.

Beschluss (24 Nein / 12 Ja / 1 Enthaltung)

Die Überweisung des Postulats Wegmüller (SP) betr. Boden- und Wohnbaupolitik in Muri-Gümligen wird abgelehnt.

16 Einfache Anfrage D. Bärtschi (FDP) betr. Gebäudebezeichnung an Liegenschaften (Anbringen von Hausnummern)

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniel Bärtschi (FDP) bedankt sich beim Gemeinderat für die rasche Stellungnahme. Er sei mit der Antwort zufrieden.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

17 Information des Gemeinderats

Mobilitätstag

Kornelia Hässig verweist auf die auf den Tischen aufliegende Einladung zum Apéro anlässlich des Mobilitätstages vom 18. Juni 2011. Sie gehe davon aus, dass alle schon etwas über diesen Anlass gelesen hätten, es sei auch eine Publikation in den Lokal-Nachrichten erfolgt. Adrian Kauth und sie würden sich freuen, wenn sie alle an diesem Tag begrüssen dürften. Sie würden ein paar Worte sagen und dann gerne mit

allen anstossen. Selbstverständlich sei der Hauptzweck des Mobilitätstages, dass wir uns alle wieder einmal über unsere Mobilität und unser Verhalten Gedanken machen würden. Man könne sich Anregungen holen, was man allenfalls besser machen könnte. Wie der Rückseite des Flyers zu entnehmen sei, würden verschiedene Fahrzeuge zur Besichtigung und für Probefahrten zur Verfügung stehen. Man könne sicherlich auch lange Diskussionen über das Dafür und das Dawider der einzelnen Fahrzeuge führen. Der ganze Fahrzeugpark sei zum Ausprobieren vor Ort. Sie wäre auch froh, wenn alle noch etwas Werbung machen würden. Sie habe noch weitere Flyers zum Abgeben für Bekannte, Verwandte, Freunde etc. – diese wären dann aber nicht zum Apéro eingeladen – und es wäre schön, wenn möglichst viele Leute kommen würden.

18 **Neue parlamentarische Vorstösse**

Motion Wegmüller/Wakil (SP) betreffend jugendgerechte Abstimmungsinformation

Der Gemeinderat wird beauftragt, bei eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen den 18 und 19-jährigen Stimmberechtigten in der Gemeinde Muri auf die jungen Menschen ausgerichtete Abstimmungsinformationen zukommen zu lassen.

Begründung

Die Botschaften der Abstimmungen sind in der Regel komplex, umfangreich, kaum illustriert und wenig lesefreundlich. Zwei Organisationen haben sich zum Ziel gesetzt, Jugendliche neutral und ansprechend über die Abstimmungen zu informieren.

Easy Abstimmungsbüchlein (Trägerorganisation: Dachverband Schweizer Jugendparlamente) Vor jeder eidgenössischen und kantonalen Abstimmung verfassen Jugendliche ein „Easy Abstimmungsbüchli“. Es handelt sich um eine Zusammenfassung und Vereinfachung der offiziellen nationalen und kantonalen Abstimmungsinformationen. Die Texte sind politisch neutral, kurz und dennoch informativ für Jugendliche. Pro Person und Jahr betragen die Kosten ca. Fr. 3.- bis Fr. 5.- je nach Versandart.

VIMENTIS (Für die Zukunft der Schweiz) ist ein Verein, bei welchem junge Menschen ehrenamtlich mitarbeiten und das Ziel verfolgen, die politische Entscheidungsfindung in der Schweiz durch neutrale Information der Stimmbürgerschaft – vor allem Junge – zu verbessern.

Momentan bedient VIMENTIS ca. 10% der Deutschweizer Gemeinden mit dem Jungbürger-Produkt. Verschiedene Produkte stehen modulartig zur Verfügung. Der Versand der Unterlagen kann von der Gemeinde erfolgen oder wird von Vimentis durchgeführt. Die Kosten betragen je nach Modul und Versandart zurzeit pro Person und Jahr Fr. 2.50 bis Fr. 8.50.

Es ist wichtig, dass die jungen Menschen sich für das Politgeschehen interessieren. Mit einer jugendgerechten Information kann die Motivation für eine aktive Teilnahme an der Politik wesentlich gefördert werden.

Mehr Informationen unter www.easyabstimmigsbuechli.ch und www.vimentis.ch

Beilagen:

- Easy Abstimmungsbüchli und Abstimmungsinformation vimentis vom 13.2.2011

Gümligen, 24. Mai 2011

B. Wegmüller

B. Schneider, M. Graham, U. Wenger, S. Fankhauser, Y. Brügger, F. Ruta, M. Häusermann, M. Kästli, V. Näf, S. Gautschi, F. Elsinger, M. Manz, M. Humm, B. Marti (15)

FDP-Motion zur Senkung des Stromverbrauchs und der Lichtverschmutzung durch die öffentliche Beleuchtung

Wir beauftragen den Gemeinderat, geeignete und finanziell tragbare Massnahmen zu ergreifen, um den Energieverbrauch der Strassenbeleuchtung zu reduzieren und gleichzeitig die Lichtverschmutzung durch die öffentliche Beleuchtung zu vermindern.

Begründung

Heute ist es möglich, mit modernen Lampen, die beispielweise über LED-Technologie verfügen, bei wesentlich geringerem Stromverbrauch eine erhöhte Lichtstärke zu erreichen. Dadurch wird insgesamt weniger Energie verbraucht und zugleich könnte auf Grund der höheren Lichtausbeute möglicherweise die Anzahl Beleuchtungskörper reduziert werden, was eine weitere Effizienzsteigerung zur Folge hätte.

In diesem Zusammenhang könnte es allenfalls auch Sinn machen, die Strassenbeleuchtung ab einem gewissen Zeitpunkt zusätzlich zu reduzieren (Leistung der Beleuchtungskörper reduzieren ["dimmen"], jede zweite Lampe ausschalten) oder ganz abzuschalten bzw. nur noch auf "Bestellung" (z.B. auf Knopfdruck bei Fusswegen) für eine gewisse Zeitdauer einzuschalten.

Beleuchtungskörper der Strassenbeleuchtung, welche gegen oben nicht abgeschirmt sind, tragen in erheblichem Mass zur Lichtverschmutzung, der störenden Auswirkung von künstlichem Licht auf Mensch und Natur, bei. Dieser Einfluss soll im Sinne des Merkblatts der Umweltschutzkommission möglichst klein gehalten werden.

Muri, 24. Mai 2011

Adrian Kauth / Beat Schmitter

H. Treier, Y. Brügger, J. Aebersold, V. Näf, F. Ruta, S. Gautschi, P. Kneubühler, J. Gosswiler, A. Damke, A. Bärtschi, R. Raaflaub, M. Kästli, B. Marti, S. Lack, B. Eber, A. Lüthi, M. Kämpf, R. Friedli, B. Wegmüller, E. Mallepell, A. Corti, M. Manz, S. Fankhauser, M. Huber, Ch. Grubwinkler, U. Wenger, M. Humm, M. Graham, U. Grütter, F. Elsinger, J. Stettler, B. Schneider, M. Bärtschi (36)

Motion SVP-Fraktion betreffend Videoüberwachung im öffentlichen Raum

Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Entwurf für ein Reglement betreffend die Videoüberwachung im öffentlichen Raum vorzulegen.

Begründung:

Trotz beträchtlichem Mitteleinsatz für Aufsichts- und Überwachungsdienste durch die Kantonspolizei und Securitas - siehe dazu die Rechnung 2010 Konto 113.318.70/80 - nehmen die Beschädigungen und Verunreinigungen an öffentlichen Gebäuden und Werken zu. Auch privates Eigentum ist betroffen, wobei es sich in vielen Fällen vermutungsweise um die gleichen Urheber handelt.

Der letzte Akt von Chaoten erfolgte im April auf dem Füllerich-Areal, als dort beim Clubhaus Scheiben eingeschlagen worden sind und Bäume gefällt wurden. Ebenfalls haben die Sprayereien wieder zugenommen. Der mittelfristige Trend lässt befürchten, dass ohne Gegensteuer die so verursachte Schadenssumme weiter ansteigen wird. Hinzu kommt das nicht zu vernachlässigende subjektive Empfinden ungenügender

Sicherheit in weiten Teilen der Bevölkerung, welches nur durch entschiedenes Entgegenreten und sichtbare Massnahmen verbessert werden kann.

Mit den Einsätzen von Polizei und Securitas können die Schäden trotz stolzen Kosten nicht verhindert werden, denn sie sind meistens immer erst dann dort wo es Schaden gegeben hat, wenn sie gerufen werden, dies trotz sehr unterschiedlichen Tourzeiten. Mangels Beweisen ist die Aufklärungsquote tief. Die Wahrscheinlichkeit, nach einer Sachbeschädigung im öffentlichen Raum als Täter ermittelt zu werden, ist für eine abhaltende Wirkung viel zu gering.

Mit einer Videoüberwachung an den neuralgischen Punkten kann die Wahrscheinlichkeit merklich erhöht werden, dass die Täter überführt werden. Dies wirkt zwar nicht unmittelbar präventiv bzw. schadensverhindernd, wird aber durch verbesserte Aufklärungsquote und Bestrafung von Fehlbaren mittelfristig zu einem Rückgang der Schäden führen.

Für den Einsatz von Videoüberwachung bedarf es einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage. Diese ist in unserer Gemeinde noch nicht vorhanden. Andere Gemeinden wie Münsingen, Moosseedorf, Schüpfen, usw. setzen solche Überwachungen bereits ein oder stehen unmittelbar davor.

Gümligen, 24. Mai 2011

M. Bärtschi

Y. Brügger, D. Bärtschi, A. Lüthi, B. Eber, S. Fankhauser, B. Wegmüller, A. Bärtschi, R. Raaflaub, M. Humm, Ch. Grubwinkler, M. Kästli, J. Gossweiler, M. Kämpf, U. Grütter, P. Kneubühler, M. Huber, M. Manz, A. Kauth, J. Stettler, S. Gautschi (21)

Motion SVP-Fraktion betreffend Budget 2012 mit Variante Steuerfuss 1.07

Der Gemeinderat wird beauftragt, für das Jahr 2012 ein ausgeglichenes Budget mit Steuerfuss 1.07 vorzulegen. Es sind die entsprechenden Einsparungen vorzusehen, damit keine Neuverschuldung eintritt und bestehende Schulden abgebaut werden können.

Begründung

Unsere Fraktion hat schon letztes Jahr für 2011 ein Budget mit Steuerfuss 1.07 gefordert (Protokoll der Sitzung vom 19. Oktober 2010, S. 281, Votum Bärtschi). Weiter hat unsere Fraktion bereits vor Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass die Auswirkungen des FILAG erhöhte Aufmerksamkeit des Gemeinderats erfordern (Geschäft Nr. 10 an der Sitzung vom 22. November 2005, Interpellation Grütter vom 20. September 2005).

Die Rechnung 2010 hat gezeigt, dass die Schönwetterphase vorbei ist und, soll die Standortgunst unserer Gemeinde auch nur annähernd erhalten werden, Massnahmen getroffen werden müssen, welche Resultate zeigen. Nagelfeilen-Kosmetik reicht nicht mehr aus, es ist nun Chirurgie angesagt.

Entsprechend sind nun

- sämtliche nicht durch übergeordnetes Recht vorgeschriebenen Aktivitäten der Gemeinde zu überprüfen, aufzulisten und je nach anfallenden Kosten einzustellen, entsprechend frei werdende personelle Kapazitäten sind primär zugunsten von Engpässen in anderen Zweigen der Verwaltung umzulegen, sekundär abzubauen;

- die Erfüllung der durch übergeordnetes Recht vorgeschriebenen Aufgaben zu überprüfen auf effizientere, insbesondere auf personell und kostenmässig weniger aufwändige Erledigung;
- Personalengpässe konsequent durch Stellen-Umbesetzungen innerhalb der Verwaltung zu überwinden,
- ein Stellenmoratorium vorzusehen, wonach ab sofort keine neuen Stellen mehr bewilligt werden und Abgänge nicht mehr ersetzt werden.

Im Rahmen von FILAG und Regionalkonferenz hat die Gemeinde in den vergangenen 15 Jahren laufend Aufgaben an den Kanton und regionale Gremien abgetreten:

- die Aufgaben des Arbeitsamts wurden an die RAV übertragen
- die Aufgaben des Steuerbüros wurden vom Kanton übernommen
- die Regionalkonferenz hat diverse Planungsaufgaben übernommen

Der Personalbestand wurde indessen nie reduziert, er blieb während Jahrzehnten praktisch konstant bei rund 93 bis 96 Vollstellen.

Die langfristigen Fremdschulden betragen immer noch CHF 30 Mio. Der Handlungsspielraum für sich abzeichnende Investitionsbedürfnisse im Schulbereich besteht damit nicht. Entsprechende Investitionen sind im Investitionsplan auch NICHT enthalten.

Auf das Datum der sich abzeichnenden Investitionen müssen nun die bestehenden Schulden endlich abgebaut werden. Wie der Gemeinderat in seinen Ausführungen zur Motion Gautschi (Geschäft Nr. 12 vom 24. Mai 2011) zeigt, sind die sich abzeichnenden Investitionsbedürfnisse in der Schulanlage Moos noch in keiner Weise abschätzbar.

Entsprechend sind Einsparungsmöglichkeiten nun konsequent zu suchen und umzusetzen.

Es versteht sich, dass in dieser Situation auch keine Möglichkeit besteht, die laufende finanzielle Fehlplanung des Stadttheaters, welches nach bester Berner Bären-Graben-Manier wieder einmal mit nicht-gedeckten Investitionsbedürfnissen schockiert, nun noch mit Millionenbeträgen zu belohnen.

Gümligen, 24. Mai 2011

Urs Grütter

M. Bärtschi, R. Friedli, Ch. Grubwinkler, D. Bärtschi, B. Eber, A. Lüthi, J. Aebersold (8)

Überparteiliche Motion betreffend Linie 6 bis zum HB Bern!

Der Gemeinderat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Behörden von Worb alles Nötige zu unternehmen, damit das Blaue Bähnli (Farbe egal) ab Dezember wieder durchgängig verkehrt.

Begründung:

Der im Zusammenhang mit der Lärmproblematik der RBS-Kompositionen gefundene Kompromiss, wonach die Linie 6 bis zum Abschluss des Radaustauschs nur noch von Worb bis Zytglogge verkehrt und ab dann der durchgehende Betrieb dauerhaft eingeführt wird, erscheint nach den jüngst erschienenen Presseberichten gefährdet.

An diesem Kompromiss ist festzuhalten: Auf die namentlich für die Pendler bedeutsame Anbindung an den Hauptbahnhof kann bis Ende Jahr verzichtet werden,

umgekehrt wird aber seitens der Bevölkerung zwischen Egghölzli und Worb nachdrücklich die anschliessende Einlösung des Gegenversprechens gefordert, dass der durchgängige Betrieb auf Dauer eingeführt und beibehalten wird.

Nach den vorliegenden Lärmmessungen steht fest, dass die neuen Räder eine klare Verbesserung bringen, aber das Niveau der Combino-Trams nicht ganz erreichen werden, und es steht zu befürchten, dass sich in der Stadt Bern nach erneuter Umstellung auf den durchgehenden Betrieb wiederum Opposition bilden wird. Dem ist bereits im Vorfeld entschieden entgegenzutreten; wir sind nicht bereit, über die zugestandene Verzögerung zum Ersatz der Räder hinaus länger auf die direkte Zentrumsverbindung zu warten. Dies bedeutet einen durchgängigen Verkehr mindestens bis zur Haltestelle Hirschengraben, von welchem aus der direkte Zugang zu den Perrons über die "Welle" sichergestellt ist. Mit welcher anderen Endstation die Linie von Worb für die anschliessende Weiterfahrt verknüpft wird, ist demgegenüber von ebenso untergeordneter Bedeutung wie die Farbe der verwendeten Züge.

Gümligen, 24. Mai 2011

D. Bärtschi, F. Elsinger, M. Kämpf, R. Raaflaub, B. Eber, F. Ruta, A. Lüthi, A. Bärtschi, M. Kästli, B. Wegmüller, Y. Brügger, Ch. Grubwinkler, J. Gossweiler, A. Damke, B. Schmitter, V. Näf, M. Bärtschi, R. Friedli, M. Manz, M. Huber, M. Häusermann, M. Graham, U. Grütter, S. Fankhauser, M. Humm, U. Wenger, S. Lack, B. Marti, E. Mallepell, P. Kneubühler, B. Schneider, A. Kauth (32)

Postulat Brügger (SP) betreffend Glasfasernetz in der Gemeinde Muri

Der Gemeinderat wird eingeladen, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass gbm 1) den Anschluss von KMU und Privathaushalten möglichst rasch vorantreibt und 2) die entsprechenden Pläne und Fortschritte betreffend Glasfasernetzentwicklung in Muri im Internet veröffentlicht.

Begründung

1)

Glasfaser ist das Kommunikationsnetz der Zukunft. Hohe Bandbreiten stellen eine wichtige Voraussetzung dar für die Implementierung neuer Anwendungen wie etwa "Cloud Computing" (zur Zeit vorgesehen für das nächste Microsoft Betriebssystem). FTTH (Fiber to the Home) schafft eine exzellente Infrastruktur für mehr Wettbewerb in den Angeboten der Anbieter und gehört später zu Lebensqualität. Jeder Einwohner und jedes KMU von unserer Gemeinde kann davon profitieren.

Glasfaserausbau ist heute mindestens genau so wichtig wie Strassenunterhalt. Es wird sicher immer wichtiger in der Zukunft.

2)

Neulich haben die Gemeinde Muri und die Gemeindebetriebe Muri einen neuen Internet Auftritt und sogar einen neuen Info Fernseh Kanal eingeschaltet. Die umfangreiche Information ist in jeder Hinsicht erfreulich. Gleichzeitig, als ein Einwohner in Muri, nicht als GGR Mitglied, ist man auch enttäuscht. Es gibt nicht nur keine Glasfasertechnologie, um auf der neuen Homepage der Gemeinde, beziehungsweise gbm, zu surfen oder den Info Fernseh Kanal zu schauen, sondern auch überhaupt keine systematische Information über das Glasfasernetz auf der Homepage oder im Infokanal der gbm. Einwohner der Stadt Bern dagegen können schon seit einiger Zeit die Glasfasernetztechnologie geniessen. Man findet auch alle Information im Internet über das Glasfasernetz in der Stadt Bern. Dieser Rückstand von Muri ist sehr bedauerlich. Haben die zuständigen Verantwortlichen eine andere Vision oder ein anderes Technikverständnis als ihre Kollegen in Bern? Es wäre zu wünschen, dass

die nötigen Informationen für den Normalbürger in unserer Gemeinde zugänglich gemacht werden, damit wir alle uns darüber eine Meinung bilden können.

Glasfasernetzentwicklung betrifft uns alle und es gehört zum Bürgerrecht, dass jeder darüber informiert wird.

Muri, 21. Mai 2011

Yong Brügger

B. Wegmüller, M. Manz, B. Schneider, F. Ruta, V. Näf, J. Stettler, F. Elsinger, S. Fankhauser (9)

Interpellation Brügger (SP) betreffend Glasfasernetz in der Gemeinde Muri

Gemäss öffentlich zugänglichen Informationen können Einwohner der Stadt Bern schon seit einiger Zeit die Glasfasernetztechnologie geniessen. Nach Plan werden 90% der Einwohner der Stadt Bern in den nächsten Jahren den Anschluss zum Glasfasernetz haben. Fiber zu Knotenpunkten ist in der Schweiz schon seit Jahren vorhanden, ebenfalls in Muri.

Die Gemeinde Muri könnte sich mit der raschen Realisierung eines offenen, diskriminierungsfreien Glasfasernetzes einen beträchtlichen (wirtschaftlichen) Standortvorteil verschaffen oder kann mindestens mit der Stadt Bern mithalten.

Nach Wirtschaftszeitschrift „Bilanz“ ist die Lebensqualität in der Gemeinde Muri im Vergleich zu anderen Gemeinden in der Schweiz von Rang 47 im Jahr 2010 auf Rang 70 nach unten gerutscht. Es ist die Aufgabe und die Verantwortung des Gemeinderates, die weitere Verschlechterung zu verhindern.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Frage zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die Bedeutung eines offenen, diskriminierungsfreien Glasfasernetz für die Standortqualität unserer Gemeinde
 - a. in Bezug auf kleine und mittlere Unternehmen?
 - b. in Bezug auf Privatpersonen?
2. Wann kann die grosse Masse der Einwohner der Gemeinde Muri vom Anschluss an ein Glasfasernetz profitieren?

Muri, 23.05.2011

Yong Brügger

Einfach Anfrage der FDP-/Jungfreisinnigen-Fraktion betreffend

- Dringliche Motion Fraktion SVPplus (Rudolf Friedli, SVP, Motion 11.000051(11/025), Reg. 86/-00): "BERNMOBIL ist zu veranlassen, dass das blaue "Bähnli" nur noch bis zum Casinoplatz fährt." und betreffend
- Dringliche Motion Grossrat Thomas Fuchs (SVP), Bern: "Bernmobil ist anzuweisen, dass das blaue Bähnli nur noch bis zum Casinoplatz fährt oder maximal bis zum Hauptbahnhof und dort wendet."

Wie beurteilt der Gemeinderat die Situation betreffend der Tramlinie 6 Worb-Fischermätteli und was gedenkt der Gemeinderat zu tun, damit die Tramlinie 6 Worb-Fischermätteli als durchgehende Linie erhalten bleibt?

Begründung

In seiner Antwort vom 23.03.2011 hält der Gemeinderat zur stadträtlichen Motion fest:

- "Materiell erachtet der Gemeinderat die dauerhafte Auftrennung der Linie 6 als mögliche ultima ratio, sollte der nun beschlossene Radersatz an allen "Blauen Bähnli" das Lärmproblem wider Erwarten nicht beheben und gleichzeitig ein vorzeitiger Ersatz des Rollmaterials für BERN-MOBIL und den Kanton aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich sein. Einen entsprechenden Antrag müsste die Stadt bei der Regionalkonferenz Bern-Mittelland zu Händen des Kantons stellen."
- "Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die dringliche Motion abzulehnen. Er ist jedoch bereit, Punkt 1 und 2 als Postulat entgegen zu nehmen."

Der Regierungsrat seinerseits hat auf die grossrätliche Motion geantwortet, er sei grundsätzlich gewillt, auf den Angebotsbeschluss 2014-2017 neue Verknüpfungsmöglichkeiten in Erwägung zu ziehen.

Die FDP-/Jungfreisinnigen-Fraktion macht sich Sorgen, für das künftige Weiterbestehen der durchgehenden Tramlinie 6 Worb-Fischermätteli, die eine wesentliche Aufwertung, Attraktivitätssteigerung der öV-Verbindung Muri-Bern bedeutet und dazu beiträgt, dass mehr Pendler ein öffentliches Verkehrsmittel benützen.

Gümligen, 21. Mai 2011

Andrea Corti

Mitteilungen

Stefan Gautschi (forum) führt aus, er möchte eine kurze persönliche Erklärung abgeben. Diese beziehe sich auf ein Anliegen anlässlich der letzten GGR-Sitzung. In seiner Anmerkung zur Motion "Bildung einer Kommission zur Begleitung A6" habe er den Wunsch geäussert, mit der Behördendelegation und einzelnen Parteimitgliedern am runden Tisch einen Rückblick über das Forum ASTRA zu führen und über allfällige weitere Schritte zu diskutieren. Es hätte ein einfacher, unformeller, aber dringend erforderlicher Austausch werden sollen. Nach einem längeren E-Mail-Wechsel zwecks Organisation der Zusammenkunft sei die Diskussion in der gewünschten Form abgelehnt worden. Sie finde jedoch dank der Initiative von Peter Kneubühler neu innerhalb des Komitees Pro Seidenbergtunnel statt. Es bleibe ihm jedoch, der Behörde seine Enttäuschung über diese Absage mitzuteilen. Eine offene Diskussion zum Thema A6 sei in der Antwort auf seine Motion versprochen worden. Das Verhalten hierzu habe er nicht verstanden und er bedaure das Vorgehen. Er wünsche dem Gemeinderat und der Behörde zukünftig eine grössere Gesprächsbereitschaft.

Der Vorsitzende informiert, die Juni-Sitzung falle aus. Das Parlament treffe sich zur nächsten ordentlichen GGR-Sitzung am 23. August 2011.

Vorher bestehe die Möglichkeit, am 23. Juni 2011 am GGR-Ausflug teilzunehmen, welcher an die Uni Bern und zum Nachtessen ins Restaurant Veranda führe. Er bitte diejenigen, welche sich noch nicht angemeldet hätten, dies bis zum 7. Juni 2011 zu tun.

Früher seien noch relativ viele Parlamentarier nach der GGR-Sitzung zu einem Schlummertrunk ins Restaurant Kreuz gegangen. Das Kreuz gebe es nicht mehr und vielleicht wüssten noch nicht alle, dass man die einen oder andern nun im Restaurant Mattenhof zu einem Schlummertrunk treffen könne.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Hannes Treier Anni Koch

Der Vizepräsident:

Beat Marti